

ZA6635

Gesellschaftliche und politische Einstellungen 2017

- Auswertungen -

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	2. bis 6. Januar 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

18 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser geht als vor einem Jahr, 15 Prozent konstatieren eine Verschlechterung.

Die große Mehrheit (66 %) sieht keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 KW 01	18	15	66
Ost		15	20	64
West		19	14	66
Männer		20	15	64
Frauen		16	16	67
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	18	19	63
	- € 1.500 bis unter € 3.000	15	19	66
	- € 3.000 oder mehr	25	12	63

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

23 Prozent rechnen für das kommende Jahr mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 14 Prozent mit einer Verschlechterung. 62 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

Überdurchschnittlich häufig erwarten die Jüngeren eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung	Verschlech- terung	keine Ver- *) änderung
		%	%	%
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016 I. Quartal	21	15	63
	II. Quartal	22	13	64
	III. Quartal	22	12	64
	IV. Quartal	22	12	64
	2017 KW 01	23	14	62
Ost		17	15	67
West		24	14	61
Männer		25	16	59
Frauen		21	13	65
18- bis 29-Jährige		38	11	49
30- bis 44-Jährige		34	10	55
45- bis 59-Jährige		20	16	63
60 Jahre und älter		8	18	73
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		26	18	56
- € 1.500 bis unter € 3.000		20	13	66
- € 3.000 oder mehr		22	15	63
Anhänger der:	CDU/CSU	23	9	67
	SPD	20	13	66
	Linke	21	16	63
	Grünen	27	8	64
	FDP	27	14	59
	AfD	22	30	45

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

50 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

42 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

	Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
	ja %	nein *) %
insgesamt: 2015	52	40
2016 I. Quartal	54	38
II. Quartal	53	38
III. Quartal	52	40
IV. Quartal	50	42
2017 KW 01	50	42
Ost	47	45
West	51	41
Männer	54	38
Frauen	46	45
18- bis 29-Jährige	41	50
30- bis 44-Jährige	54	40
45- bis 59-Jährige	52	39
60 Jahre und älter	51	42
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.500	38	52
- € 1.500 bis unter € 3.000	47	46
- € 3.000 oder mehr	63	30
Anhänger der: CDU/CSU	55	39
SPD	52	45
Linke	49	43
Grünen	53	35
FDP	71	22
AfD	57	37

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

49 Prozent der Bundesbürger glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

32 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 KW 01	49	32	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen geben nur die AfD-Anhänger mehrheitlich an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	49	32	17
Ost	42	36	18
West	50	31	16
Männer	51	31	16
Frauen	46	33	17
18- bis 29-Jährige	47	34	14
30- bis 44-Jährige	50	35	14
45- bis 59-Jährige	46	38	14
60 Jahre und älter	51	27	20
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	43	36	19
- € 1.500 bis unter € 3.000	48	35	14
- € 3.000 oder mehr	55	29	15
Anhänger der:			
CDU/CSU	59	25	14
SPD	57	27	16
Linke	49	33	17
Grünen	50	32	15
FDP	60	26	13
AfD	25	59	14

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	9. bis 13. Januar 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

48 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

43 Prozent meinen, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung <u> %</u>	falsche *) Richtung <u> %</u>
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 KW 02	48	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen überwiegend die Anhänger der Union.

Von den AfD-Anhängern äußert eine deutliche Mehrheit den Eindruck, dass sich die Dinge in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	48	43
Ost	41	46
West	49	43
Männer	48	43
Frauen	48	44
18- bis 29-Jährige	50	40
30- bis 44-Jährige	40	52
45- bis 59-Jährige	43	48
60 Jahre und älter	53	37
Anhänger der: CDU/CSU	64	26
SPD	57	36
Linke	34	60
Grünen	54	34
FDP	46	48
AfD	8	87

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 88 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 70 Prozent und mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität 50 Prozent der Bundesbürger zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

Mit dem Schul- und Bildungssystem zeigen sich aktuell 46 Prozent, mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte 42 Prozent der Bundesbürger zufrieden.

38 Prozent sind mit dem Umgang mit Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern, 36 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit, 34 Prozent mit der Integration von Zuwanderern, und 30 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt %	Ost %	West %	Männer %	Frauen %	18-29-Jährige %	30-44-Jährige %	45-59-Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	88	78	90	90	87	89	86	89	88
Lage am Arbeitsmarkt	70	66	71	76	65	72	77	73	66
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	50	50	50	51	48	62	57	48	40
Schul- und Bildungssystem	46	36	48	48	44	48	51	40	43
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	42	28	45	48	37	43	43	37	43
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	38	37	38	40	35	41	34	32	38
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	36	31	37	37	35	50	39	28	31
Integration von Zuwanderern	34	27	36	36	33	43	36	28	29
Sicherung der Altersversorgung	30	24	31	30	29	27	20	23	41

Im Vergleich zu den letzten Erhebungen ergeben sich bei den Zufriedenheitswerten zu den einzelnen Lebens- und Problembereichen zumeist nur geringe Veränderungen.

Etwas zugenommen hat die Zufriedenheit mit der Lage am Arbeitsmarkt und mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				KW02
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	88
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	70
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	46
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	38
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	36
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	34
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	30

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert oder die von ihr behandelt werden, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird das Thema Flüchtlinge (25 %) vergleichsweise am häufigsten genannt.

Nach dem Terroranschlag in Berlin und der Diskussion um die Konsequenzen daraus nennen nun 17 Prozent das Thema Innere Sicherheit.

Jeweils 7 Prozent nennen die Themen Integration bzw. die Verschärfung des Asylrechts, jeweils 5 die Themen Rente bzw. PKW-Maut und jeweils 3 Prozent die Themen Terror und Gleichstellung bzw. Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Von jeweils 2 Prozent werden noch verschiedene Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, die Steuerpolitik- und entlastung, der Haushalt bzw. die finanzielle Lage, der Anschlag in Berlin und die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten genannt.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	KW02
	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	25
Innere Sicherheit	1	1	3	1	17
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	7
Verschärfung des Asylrechts	12	1	1	1	7
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	5
PKW-Maut	0	0	0	6	5
Terror (Islamismus/IS)	1	1	0	0	3
Gleichstellung/Gleichberechtigung	0	0	0	0	3
versch. Debatten, Gesetzesvorhaben	1	1	1	1	2
Steuerpolitik/ Steuerentlastung	1	2	3	2	2
Haushalt/finanzielle Lage	1	1	1	1	2
Anschlag in Berlin	0	0	0	0	2
Wahl Donald Trumps zum Präsidenten	0	0	0	0	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	16. bis 20. Januar 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

59 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

40 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		<u> %</u>	<u> %</u>
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 KW 03	59	40

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden deutlich häufiger Sorgen als die Männer.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt	59	40
Ost	61	37
West	58	40
Männer	51	49
Frauen	67	33
18- bis 29-Jährige	50	48
30- bis 44-Jährige	57	43
45- bis 59-Jährige	61	38
60 Jahre und älter	67	32
Anhänger der: CDU/CSU	60	39
SPD	59	40
Linke	69	31
Grünen	59	41
FDP	61	39
AfD	51	48

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden von den Bundesbürgern weiterhin zusammengenommen die Krisen im Nahen Osten am häufigsten genannt – vor allem die Situation in Syrien (17 %) und der IS (10 %). 11 Prozent nennen in diesem Zusammenhang aktuell auch die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge und Asylbewerber. Ebenfalls 11 Prozent nennen Krieg und Terrorismus allgemein als Bedrohung.

Im Zuge der Amtseinführung von Donald Trump als neuem US-Präsidenten werden mittlerweile allerdings die USA von 19 Prozent der Befragten als die größte Gefahr für Deutschland genannt – ein Anstieg um 9 Prozentpunkte im Vergleich zur letzten Erhebung Ende Dezember 2016!

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

	Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren				
	2016				2017
	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	KW 03 %
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	10
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	8
Syrien	20	15	15	21	17
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11
Türkei	2	5	13	6	5
Russland	6	8	9	11	7
Ukraine	4	6	5	5	3
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	11
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4
Afrika	2	3	2	2	3
USA	2	4	6	12	19
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	2	2
Armut	1	2	2	2	2
Rechtsradikalismus	1	1	1	1	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Nicht verändert haben sich allerdings die Einschätzungen der Bundesbürger zur Rolle Deutschlands in der Welt: Unverändert ein Drittel der Bundesbürger meint, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur wenige (10 %) sprechen sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus, während die Mehrheit (54 %) unverändert der Meinung ist, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	KW 03	33	10	54
Ost		26	15	54
West		35	9	54
18- bis 29-Jährige		42	8	48
30- bis 44-Jährige		28	14	54
45- bis 59-Jährige		34	12	52
60 Jahre und älter		32	7	58
Anhänger der:	CDU/CSU	33	6	60
	SPD	31	6	62
	Linke	37	13	44
	Grünen	46	0	51
	FDP	39	5	56
	AfD	28	37	34

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

40 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

40 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015		40	15	41
2016	I. Quartal	42	15	37
	II. Quartal	42	15	38
	III. Quartal	42	17	37
	IV. Quartal	41	15	39
2017	KW 03	40	16	40
	Ost	38	16	41
	West	41	16	40
	18- bis 29-Jährige	39	17	42
	30- bis 44-Jährige	40	20	38
	45- bis 59-Jährige	48	15	33
	60 Jahre und älter	39	13	45
	Anhänger der: CDU/CSU	40	10	48
	SPD	38	15	46
	Linke	29	30	41
	Grünen	25	23	50
	FDP	50	7	42
	AfD	66	25	7

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	23. bis 27. Januar 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

18 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser geht als vor einem Jahr, 15 Prozent konstatieren eine Verschlechterung.

Die große Mehrheit (67 %) sieht keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechert %	nicht verändert % *)
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 KW 01	18	15	66
	KW 04	18	15	67
Ost		16	14	68
West		18	15	66
Männer		19	16	64
Frauen		16	15	69
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	13	32	54
	- € 1.500 bis unter € 3.000	17	15	68
	- € 3.000 oder mehr	22	10	67

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

20 Prozent rechnen für das kommende Jahr mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 13 Prozent mit einer Verschlechterung. 66 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

Überdurchschnittlich häufig erwarten die Jüngeren eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

	Es erwarten eine		
	Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- änderung % *)
insgesamt: 2015	22	15	62
2016 I. Quartal	21	15	63
II. Quartal	22	13	64
III. Quartal	22	12	64
IV. Quartal	22	12	64
2017 KW 01	23	14	62
KW 04	20	13	66
Ost	23	14	61
West	19	12	66
Männer	22	12	64
Frauen	18	13	67
18- bis 29-Jährige	40	4	53
30- bis 44-Jährige	29	9	61
45- bis 59-Jährige	15	16	67
60 Jahre und älter	7	18	73
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	22	15	61
- € 1.500 bis unter € 3.000	21	12	65
- € 3.000 oder mehr	19	12	69
Anhänger der: CDU/CSU	21	7	71
SPD	21	12	66
Linke	19	17	64
Grünen	25	6	68
FDP	16	14	70
AfD	15	27	56

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

53 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

40 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

	Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
	ja %	nein *) %
insgesamt: 2015	52	40
2016 I. Quartal	54	38
II. Quartal	53	38
III. Quartal	52	40
IV. Quartal	50	42
2017 KW 01	50	42
KW 04	53	40
Ost	46	48
West	54	39
Männer	54	39
Frauen	51	41
18- bis 29-Jährige	47	45
30- bis 44-Jährige	60	34
45- bis 59-Jährige	56	38
60 Jahre und älter	50	41
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.500	38	53
- € 1.500 bis unter € 3.000	47	48
- € 3.000 oder mehr	69	26
Anhänger der: CDU/CSU	61	33
SPD	55	38
Linke	43	48
Grünen	60	33
FDP	63	29
AfD	61	35

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

50 Prozent der Bundesbürger glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

31 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 KW 01	49	32	17
KW 04	50	31	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen geben nur die AfD-Anhänger mehrheitlich an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	50	31	17
Ost	47	30	22
West	50	31	16
Männer	54	28	16
Frauen	46	34	17
18- bis 29-Jährige	49	28	20
30- bis 44-Jährige	52	32	15
45- bis 59-Jährige	46	37	16
60 Jahre und älter	49	29	18
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	37	36	22
- € 1.500 bis unter € 3.000	46	36	16
- € 3.000 oder mehr	57	28	14
Anhänger der:			
CDU/CSU	60	21	18
SPD	51	32	15
Linke	40	35	25
Grünen	56	22	20
FDP	63	22	11
AfD	28	57	12

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	30. Januar bis 3. Februar 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

46 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

Ebenso viele meinen, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 KW 02	48	43
KW 05	46	46

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen überwiegend die Anhänger der Union, mehrheitlich aber auch die Anhänger von SPD, Grünen und FDP.

Von den Anhänger der Linkspartei, vor allem aber der AfD, äußert eine deutliche Mehrheit, dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	46	46
Ost	39	50
West	47	46
Männer	47	46
Frauen	44	46
18- bis 29-Jährige	49	45
30- bis 44-Jährige	39	53
45- bis 59-Jährige	44	48
60 Jahre und älter	51	40
Anhänger der: CDU/CSU	63	28
SPD	53	40
Linke	24	70
Grünen	56	33
FDP	52	44
AfD	7	89

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 86 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 65 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

Mit der Kriminalitätslage im Land und dem Schul- und Bildungssystem sind zur Zeit jeweils 47 Prozent der Bundesbürger zufrieden. Mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zeigen sich jeweils 40 Prozent zufrieden.

33 Prozent sind mit der Integration von Zuwanderern, jeweils 30 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit und der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt %	Ost %	West %	Männer %	Frauen %	18-29-Jährige %	30-44-Jährige %	45-59-Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	86	83	87	88	84	88	87	86	84
Lage am Arbeitsmarkt	65	58	66	71	60	71	69	70	58
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	47	38	49	49	46	56	53	48	38
Schul- und Bildungssystem	47	36	49	48	46	58	52	39	41
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	40	28	42	44	36	41	40	38	37
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	40	32	41	42	37	43	39	36	40
Integration von Zuwanderern	33	28	34	33	33	44	33	30	29
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	30	27	30	33	26	41	31	26	24
Sicherung der Altersversorgung	30	35	30	32	29	32	23	25	37

Im Vergleich zur letzten Erhebung zeigen sich bei den meisten Lebens- und Problembereichen nur geringfügige Veränderungen.

Rückläufig ist dagegen die Zufriedenheit mit der Lage am Arbeitsmarkt und (möglicherweise beeinflusst durch die vom Kanzlerkandidaten der SPD angestoßene Debatte) die Zufriedenheit mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit in Deutschland.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				KW02	KW05
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %		
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	88	86
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	70	65
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	47
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	46	47
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	40
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	38	40
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	34	33
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	36	30
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	30	30

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird nach wie vor das Thema Flüchtlinge (23 %) vergleichsweise am häufigsten genannt.

An zweiter Stelle der wahrgenommenen Themen liegt nun nach seiner Amtseinführung der neue US-Präsident Donald Trump.

Deutlich rückläufig ist dagegen das Thema innere Sicherheit, das aktuell von 7 Prozent genannt wird.

5 Prozent nennen das Thema Integration, 4 Prozent die PKW-Maut und 3 Prozent die Situation der Renten bzw. die Rentenpolitik.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	KW02 %	KW05 %
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	25	23
Wahl Donald Trumps zum Präsidenten	0	0	0	0	2	9
Innere Sicherheit	1	1	3	1	17	7
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	7	5
PKW-Maut	0	0	0	6	5	4
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	5	3
Verschärfung des Asylrechts	12	1	1	1	7	2
Terror (Islamismus/IS)	1	1	0	0	3	2
Steuerpolitik/ Steuerentlastung	1	2	3	2	2	2
SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz	0	0	0	0	0	2
„Brexit“/ Folgen des „Brexit“	0	0	0	0	0	2
Verhältnis zur Türkei	0	0	0	0	1	2
„soziale Gerechtigkeit“	0	0	0	0	0	2
Bildungs-/Schulpolitik	0	0	0	0	1	2
Außenpolitik allgemein	0	0	0	0	1	2
Wahlen in Deutschland allg.	0	0	0	0	1	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.510 Befragte
Erhebungszeitraum:	6. bis 10. Februar 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

60 Prozent der Bundesbürger – ähnlich viele wie in der letzten Erhebung – machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

39 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

- Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		<u> %</u>	<u> %</u>
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 KW 03	59	40
	KW 06	60	39

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden deutlich häufiger Sorgen als die Männer und die über 30-Jährigen häufiger als die Jüngeren.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt	60	39
Ost	60	38
West	61	39
Männer	51	48
Frauen	69	30
18- bis 29-Jährige	46	54
30- bis 44-Jährige	62	38
45- bis 59-Jährige	63	37
60 Jahre und älter	65	34
Anhänger der: CDU/CSU	57	43
SPD	63	37
Linke	66	34
Grünen	61	38
FDP	57	43
AfD	62	36

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Wahrnehmung der Bedrohungen für Deutschland aus Sicht der Bundesbürger hat sich in den Wochen nach der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten weiter verschoben.

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, nennen mittlerweile 26 Prozent die USA (ein neuerlicher Zuwachs von 7 Prozentpunkten im Vergleich zum Januar!).

Weiter rückläufig ist dagegen der Anteil der Bundesbürger, die den Nahen Osten – insbesondere Syrien – als Region mit großem Bedrohungspotenzial benennen.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017	
	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	KW 03 %	KW 06 %
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	10	8
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	8	10
Syrien	20	15	15	21	17	12
Irak	2	2	2	2	1	2
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	12
USA	2	4	6	12	19	26
Türkei	2	5	13	6	5	6
Russland	6	8	9	11	7	7
Ukraine	4	6	5	5	3	6
Afrika	2	3	2	2	3	3
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	11	9
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	4
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	2	2	3
Armut	1	2	2	2	2	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Nicht wesentlich verändert haben sich allerdings die Einschätzungen der Bundesbürger zur Rolle Deutschlands in der Welt: Etwa ein Drittel der Bundesbürger meint unverändert, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur eine Minderheit (8 %) spricht sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus, während die Mehrheit (53 %) unverändert der Meinung ist, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	KW 03	33	10	54
	KW 06	36	8	53
	Ost	31	12	55
	West	37	8	53
	18- bis 29-Jährige	36	11	50
	30- bis 44-Jährige	35	7	57
	45- bis 59-Jährige	39	7	52
	60 Jahre und älter	35	9	54
	Anhänger der: CDU/CSU	35	3	61
	SPD	40	6	53
	Linke	46	15	38
	Grünen	51	9	40
	FDP	44	6	50
	AfD	23	26	50

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

39 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 15 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

42 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Nur unter den AfD-Anhängern meint eine Mehrheit, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nehme.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht	zu wenig Rücksicht	verhält sich *) genau richtig
		%	%	%
2015		40	15	41
2016	I. Quartal	42	15	37
	II. Quartal	42	15	38
	III. Quartal	42	17	37
	IV. Quartal	41	15	39
2017	KW 03	40	16	40
	KW 06	39	15	42
	Ost	41	13	43
	West	38	15	42
	18- bis 29-Jährige	41	16	41
	30- bis 44-Jährige	39	14	41
	45- bis 59-Jährige	41	15	40
	60 Jahre und älter	36	14	46
	Anhänger der: CDU/CSU	34	9	55
	SPD	39	13	45
	Linke	25	34	38
	Grünen	27	15	53
	FDP	39	17	43
	AfD	57	34	9

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

13. Februar 2017
q7213.06/34369 Hr, Ma

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	13. bis 17. Februar 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

16 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser geht, 17 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (66 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 KW 01	18	15	66
	KW 04	18	15	67
	KW 07	16	17	66
Ost		12	15	73
West		17	17	65
Männer		19	18	63
Frauen		14	16	69
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	14	26	60
	- € 1.500 bis unter € 3.000	13	23	64
	- € 3.000 oder mehr	24	9	67

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

24 Prozent (+ 4 Prozentpunkte) rechnen für das kommende Jahr mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 12 Prozent mit einer Verschlechterung. 62 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

Überdurchschnittlich häufig erwarten die Jüngeren eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

	Es erwarten eine		
	Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- änderung % *)
insgesamt: 2015	22	15	62
2016 I. Quartal	21	15	63
II. Quartal	22	13	64
III. Quartal	22	12	64
IV. Quartal	22	12	64
2017 KW 01	23	14	62
KW 04	20	13	66
KW 07	24	12	62
Ost	28	12	60
West	24	12	62
Männer	30	12	57
Frauen	19	13	66
18- bis 29-Jährige	52	1	47
30- bis 44-Jährige	31	12	56
45- bis 59-Jährige	19	15	64
60 Jahre und älter	12	17	69
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	25	14	59
- € 1.500 bis unter € 3.000	24	14	60
- € 3.000 oder mehr	25	11	64
Anhänger der: CDU/CSU	23	8	67
SPD	25	9	65
Linke	35	19	46
Grünen	25	13	61
FDP	21	12	66
AfD	13	38	46

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

48 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

44 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

	Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
	ja %	nein *) %
insgesamt: 2015	52	40
2016 I. Quartal	54	38
II. Quartal	53	38
III. Quartal	52	40
IV. Quartal	50	42
2017 KW 01	50	42
KW 04	53	40
KW 07	48	44
Ost	48	47
West	48	43
Männer	51	43
Frauen	46	45
18- bis 29-Jährige	46	49
30- bis 44-Jährige	51	43
45- bis 59-Jährige	53	41
60 Jahre und älter	47	44
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.500	35	55
- € 1.500 bis unter € 3.000	44	51
- € 3.000 oder mehr	62	32
Anhänger der: CDU/CSU	59	37
SPD	50	43
Linke	36	50
Grünen	61	30
FDP	57	35
AfD	42	48

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

51 Prozent der Bundesbürger glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

31 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 KW 01	49	32	17
KW 04	50	31	17
KW 07	51	31	16

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen geben nur die AfD-Anhänger mehrheitlich an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	51	31	16
Ost	47	34	18
West	51	30	16
Männer	55	27	16
Frauen	46	34	16
18- bis 29-Jährige	63	22	11
30- bis 44-Jährige	50	33	15
45- bis 59-Jährige	46	38	15
60 Jahre und älter	46	30	20
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	40	37	20
- € 1.500 bis unter € 3.000	46	36	17
- € 3.000 oder mehr	58	27	12
Anhänger der:			
CDU/CSU	61	23	14
SPD	50	31	18
Linke	38	38	20
Grünen	57	30	12
FDP	73	20	7
AfD	21	64	13

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	20. bis 24. Februar 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

51 Prozent der Bundesbürger (der bisher höchste Wert) haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

41 Prozent meinen, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung <u> %</u>	falsche *) Richtung <u> %</u>
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 KW 02	48	43
KW 05	46	46
KW 08	51	41

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen überwiegend die Anhänger der Union, mehrheitlich aber auch die Anhänger von SPD, Grünen und FDP.

Lediglich von den Anhängern der AfD äußert eine deutliche Mehrheit, dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	51	41
Ost	48	42
West	51	41
Männer	52	41
Frauen	49	41
18- bis 29-Jährige	48	45
30- bis 44-Jährige	53	40
45- bis 59-Jährige	45	46
60 Jahre und älter	53	37
Anhänger der: CDU/CSU	66	25
SPD	56	37
Linke	41	49
Grünen	60	34
FDP	56	44
AfD	9	85

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 86 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 67 Prozent und mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität 52 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

Mit dem Schul- und Bildungssystem sind zur Zeit 45 Prozent der Bundesbürger zufrieden. Mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte zeigen sich 43 Prozent und mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern 38 Prozent zufrieden.

Jeweils etwa ein Drittel der befragten Bundesbürger ist mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit (34 %), mit der Integration von Zuwanderern (32 %) und mit der Sicherung der Altersvorsorge (30 %) zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt %	Ost %	West %	Männer %	Frauen %	18-29-Jährige %	30-44-Jährige %	45-59-Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	86	85	86	87	85	89	86	86	86
Lage am Arbeitsmarkt	67	59	69	72	63	68	77	68	62
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	52	45	53	53	51	62	58	48	44
Schul- und Bildungssystem	45	38	46	47	43	59	49	39	37
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	35	44	46	39	53	42	38	40
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	38	31	39	38	38	41	41	34	36
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	34	29	35	36	33	45	37	30	27
Integration von Zuwanderern	32	25	33	30	33	38	38	27	27
Sicherung der Altersversorgung	30	32	29	30	29	26	23	22	41

Im Vergleich zur letzten Erhebung zeigen sich bei den meisten Lebens- und Problembereichen nur geringfügige Veränderungen.

Etwas zugenommen hat die Zufriedenheit mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (von 47 auf 52 Prozent) bzw. mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit (von 30 auf 34 Prozent).

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				KW02	KW05	KW08
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %			
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	88	86	86
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	70	65	67
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	47	52
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	46	47	45
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	40	43
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	38	40	38
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	36	30	34
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	34	33	32
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	30	30	30

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird nach das Thema Flüchtlinge (19 %) zwar vergleichsweise am häufigsten genannt, nimmt aber in seiner Bedeutung noch weiter ab.

An zweiter Stelle der wahrgenommenen Themen liegt die Verschärfung des Asylrechts bzw. die Vereinfachung von Abschiebungen (7 %).

6 Prozent nennen das Thema Ausländer und jeweils 5 Prozent haben die Themen Rente und PKW-Maut wahrgenommen. Von 4 Prozent wird noch die Wahl Donald Trumps und von jeweils 3 Prozent die Innere Sicherheit bzw. die Diskussion um die Zukunft der EU genannt.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	KW02 %	KW05 %	KW08 %
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	25	23	19
Verschärfung des Asylrechts	12	1	1	1	7	2	7
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	7	5	6
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	5	3	5
PKW-Maut	0	0	0	6	5	4	5
Wahl Donald Trumps zum Präsidenten	0	0	0	0	2	9	4
Innere Sicherheit	1	1	3	1	17	7	3
Diskussion über Krise/Zukunft der EU	0	0	2	2	1	0	3
SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz	0	0	0	0	0	2	2
„soziale Gerechtigkeit“	0	0	0	0	0	2	2
Sicherheits- und Verteidigungspolitik	0	0	0	0	1	0	2
Griechenland- /Euro-Krise	0	0	0	0	0	0	2
Korrekturen an der Agenda 2010	0	0	0	0	0	0	2
Arbeitslosigkeit	1	1	1	1	1	1	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	27. Februar bis 3. März 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

62 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

38 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		<u> %</u>	<u> %</u>
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 KW 03	59	40
	KW 06	60	39
	KW 09	62	38

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden deutlich häufiger Sorgen als die Männer und die über 30-Jährigen häufiger als die Jüngeren.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt	62	38
Ost	66	34
West	61	38
Männer	51	49
Frauen	73	27
18- bis 29-Jährige	56	42
30- bis 44-Jährige	60	39
45- bis 59-Jährige	66	34
60 Jahre und älter	65	34
Anhänger der: CDU/CSU	64	35
SPD	68	32
Linke	68	30
Grünen	66	34
FDP	58	42
AfD	51	49

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Wahrnehmung der Bedrohungen für Deutschland aus Sicht der Bundesbürger hat sich in den Wochen nach der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten verschoben.

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden am häufigsten, allerdings mit rückläufiger Tendenz, die USA genannt.

14 Prozent nennen die Situation in Syrien, 9 Prozent im Nahen Osten sowie 7 Prozent den Islamischen Staat als Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland. 13 Prozent nennen in diesem Zusammenhang auch die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge und Asylbewerber. 7 Prozent nennen Krieg und Terrorismus allgemein als Bedrohung.

Leicht gestiegen ist der Anteil der Bundesbürger (von 6 auf 10 Prozent), die die Türkei als Region mit großem Bedrohungspotenzial benennen.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017		
	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	KW 03 %	KW 06 %	KW09 %
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	10	8	7
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	8	10	9
Syrien	20	15	15	21	17	12	14
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	12	13
USA	2	4	6	12	19	26	21
Türkei	2	5	13	6	5	6	10
Russland	6	8	9	11	7	7	6
Ukraine	4	6	5	5	3	6	5
Afrika	2	3	2	2	3	3	3
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	11	9	7
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	4	4
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	2
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	2	2	3	2
Armut	1	2	2	2	2	2	3

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Nicht verändert haben sich die Einschätzungen der Bundesbürger zur Rolle Deutschlands in der Welt: Etwa ein Drittel (36 %) der Bundesbürger meint unverändert, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur eine Minderheit (8 %) spricht sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus, während die Mehrheit (53 %) unverändert der Meinung ist, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	KW 03	33	10	54
	KW 06	36	8	53
	KW 09	36	8	53
	Ost	35	11	53
	West	36	7	53
	18- bis 29-Jährige	40	10	45
	30- bis 44-Jährige	40	11	47
	45- bis 59-Jährige	33	8	56
	60 Jahre und älter	35	5	56
	Anhänger der: CDU/CSU	35	5	58
	SPD	42	4	53
	Linke	46	10	42
	Grünen	50	6	42
	FDP	48	12	40
	AfD	25	29	39

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

40 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 15 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

41 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Nur unter den AfD-Anhängern meint eine Mehrheit, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nehme.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht	zu wenig Rücksicht	verhält sich *) genau richtig
		%	%	%
2015		40	15	41
2016	I. Quartal	42	15	37
	II. Quartal	42	15	38
	III. Quartal	42	17	37
	IV. Quartal	41	15	39
2017	KW 03	40	16	40
	KW 06	39	15	42
	KW 09	40	15	41
	Ost	49	17	32
	West	38	15	43
	18- bis 29-Jährige	38	16	41
	30- bis 44-Jährige	45	15	35
	45- bis 59-Jährige	43	15	38
	60 Jahre und älter	35	17	43
	Anhänger der: CDU/CSU	37	8	51
	SPD	38	16	45
	Linke	27	39	27
	Grünen	24	22	48
	FDP	33	15	51
	AfD	69	18	10

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

6. März 2017
q7213.09/34466 Hr, Ma

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	6. bis 10. März 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

18 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser geht, 15 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (67 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 KW 01	18	15	66
	KW 04	18	15	67
	KW 07	16	17	66
	KW 10	18	15	67
Ost		10	16	74
West		19	14	66
Männer		22	14	63
Frauen		14	15	70
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	10	24	66
	- € 1.500 bis unter € 3.000	14	20	66
	- € 3.000 oder mehr	29	7	64

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

25 Prozent rechnen für das kommende Jahr mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 11 Prozent – und damit so wenige wie noch nie seit Beginn der Messung im Jahr 2015 – mit einer Verschlechterung.

62 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung	Verschlech- terung	keine Ver- änderung *)
		%	%	%
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016 I. Quartal	21	15	63
	II. Quartal	22	13	64
	III. Quartal	22	12	64
	IV. Quartal	22	12	64
	2017 KW 01	23	14	62
	KW 04	20	13	66
	KW 07	24	12	62
	KW 10	25	11	62
Ost		22	15	60
West		26	10	62
Männer		27	14	58
Frauen		24	9	65
18- bis 29-Jährige		51	4	43
30- bis 44-Jährige		38	10	51
45- bis 59-Jährige		18	13	67
60 Jahre und älter		9	14	74
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		27	16	54
- € 1.500 bis unter € 3.000		23	12	64
- € 3.000 oder mehr		25	9	65
Anhänger der:	CDU/CSU	22	6	72
	SPD	23	9	66
	Linke	25	17	56
	Grünen	23	8	68
	FDP	19	17	62
	AfD	36	24	38

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

51 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

41 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

	Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
	ja %	nein *) %
insgesamt: 2015	52	40
2016 I. Quartal	54	38
II. Quartal	53	38
III. Quartal	52	40
IV. Quartal	50	42
2017 KW 01	50	42
KW 04	53	40
KW 07	48	44
KW 10	51	41
Ost	42	50
West	53	39
Männer	53	40
Frauen	50	41
18- bis 29-Jährige	54	40
30- bis 44-Jährige	52	42
45- bis 59-Jährige	55	38
60 Jahre und älter	48	42
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.500	35	58
- € 1.500 bis unter € 3.000	46	44
- € 3.000 oder mehr	65	28
Anhänger der: CDU/CSU	59	35
SPD	55	38
Linke	35	55
Grünen	56	36
FDP	75	18
AfD	34	56

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

50 Prozent der Bundesbürger glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

31 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 KW 01	49	32	17
KW 04	50	31	17
KW 07	51	31	16
KW 10	50	31	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen gibt nur unter den AfD-Anhängern eine Mehrheit an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	50	31	17
Ost	45	32	21
West	51	31	16
Männer	52	29	17
Frauen	48	33	17
18- bis 29-Jährige	55	30	13
30- bis 44-Jährige	47	33	17
45- bis 59-Jährige	49	36	13
60 Jahre und älter	46	28	22
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	41	35	19
- € 1.500 bis unter € 3.000	44	36	18
- € 3.000 oder mehr	60	25	14
Anhänger der:			
CDU/CSU	60	26	12
SPD	56	27	14
Linke	37	37	25
Grünen	53	27	19
FDP	57	27	16
AfD	25	49	23

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	13. bis 17. März 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

47 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

44 Prozent meinen, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung	falsche *) Richtung
	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 KW 02	48	43
KW 05	46	46
KW 08	51	41
KW 11	47	44

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen überwiegend die Anhänger der Union, mehrheitlich aber auch die Anhänger von SPD und Grünen.

Lediglich von den Anhängern der Linkspartei und insbesondere der AfD äußert eine deutliche Mehrheit, dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	47	44
Ost	38	51
West	49	43
Männer	49	45
Frauen	45	43
18- bis 29-Jährige	49	43
30- bis 44-Jährige	44	48
45- bis 59-Jährige	44	47
60 Jahre und älter	49	40
Anhänger der: CDU/CSU	68	22
SPD	50	42
Linke	26	61
Grünen	55	36
FDP	47	40
AfD	9	91

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 87 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 68 Prozent und mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität 51 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

Jeweils 43 Prozent sind zur Zeit mit dem Schul- und Bildungssystem bzw. mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte zufrieden. 40 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern und 38 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit zufrieden.

Jeweils etwa ein Drittel der befragten Bundesbürger ist mit der Integration von Zuwanderern (34 %) und mit der Sicherung der Altersvorsorge (32 %) zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt %	Ost %	West %	Männer %	Frauen %	18-29-Jährige %	30-44-Jährige %	45-59-Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	87	80	88	88	85	89	87	84	86
Lage am Arbeitsmarkt	68	61	70	74	63	70	74	70	62
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	51	38	53	54	49	63	56	49	43
Schul- und Bildungssystem	43	31	45	43	43	53	44	38	39
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	34	45	46	41	52	39	39	42
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	40	28	42	41	39	45	41	36	39
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	38	34	39	40	36	51	39	32	31
Integration von Zuwanderern	34	22	37	34	35	47	34	28	30
Sicherung der Altersversorgung	32	29	33	34	31	26	27	25	45

Im Vergleich zur letzten Erhebung zeigen sich bei den meisten Lebens- und Problembereichen nur geringfügige Veränderungen.

Etwas zugenommen hat die Zufriedenheit mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit (von 34 auf 38 Prozent).

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				KW02	KW05	KW08	KW11
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %				
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	88	86	86	87
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	70	65	67	68
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	47	52	51
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	46	47	45	43
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	40	43	43
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	38	40	38	40
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	36	30	34	38
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	34	33	32	34
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	30	30	30	32

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird nach das Thema Flüchtlinge (17 %) noch vergleichsweise am häufigsten genannt, ist aber insgesamt weiter rückläufig.

An zweiter Stelle der wahrgenommenen Themen liegt nun nach den Diskussionen über Wahlkampfauftritte türkischer Politiker im Ausland und den Nazi-Vorwürfen gegen die Niederlande und Deutschland das Verhältnis zur Türkei (14 %).

6 Prozent nennen das Thema Ausländer und jeweils 5 Prozent haben die Themen Trump und PKW-Maut wahrgenommen. Von jeweils 3 Prozent wird noch die Rentenpolitik bzw. die innere Sicherheit genannt.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	KW02	KW05	KW08	KW11
	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	25	23	19	17
Verhältnis zur Türkei	0	1	5	2	1	2	1	14
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	7	5	6	6
Wahl Donald Trumps zum Präsidenten	0	0	0	0	2	9	4	5
PKW-Maut	0	0	0	6	5	4	5	5
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	5	3	5	3
Innere Sicherheit	1	1	3	1	17	7	3	3
Diskussion über Krise/Zukunft der EU	0	0	2	2	1	0	3	2
Verschärfung des Asylrechts	12	1	1	1	7	2	7	2
Außenpolitik allgemein	0	0	0	0	1	2	1	2
versch. Debatten, Gesetzesvorhaben	1	1	1	1	2	1	1	2
Wahlen in Deutschland allg.	0	0	0	0	1	2	1	2
„soziale Gerechtigkeit“	0	0	0	0	0	2	2	2
Steuerpolitik/ Steuerentlastung	1	2	3	2	2	2	1	2
Haushalt/finanzielle Lage	1	1	1	1	2	1	1	2
Wirtschaftspolitik	1	1	2	1	1	1	1	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	20. bis 24. März 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

63 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

37 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		<u> %</u>	<u> %</u>
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 KW 03	59	40
	KW 06	60	39
	KW 09	62	38
	KW 12	63	37

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden deutlich häufiger Sorgen als die Männer und die über 30-Jährigen häufiger als die Jüngeren.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt	63	37
Ost	67	33
West	61	38
Männer	55	45
Frauen	70	29
18- bis 29-Jährige	53	46
30- bis 44-Jährige	63	36
45- bis 59-Jährige	67	33
60 Jahre und älter	65	34
Anhänger der: CDU/CSU	60	40
SPD	64	35
Linke	73	26
Grünen	65	34
FDP	58	42
AfD	67	33

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Wahrnehmung der Bedrohungen für Deutschland aus Sicht der Bundesbürger hat sich in den Wochen vor dem Verfassungsreferendum in der Türkei und nach der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten verschoben.

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, wird nun am häufigsten die Türkei genannt. An zweite Stelle folgen die USA, allerdings mit weiter rückläufiger Tendenz.

12 Prozent nennen die Situation in Syrien, 8 Prozent im Nahen Osten sowie 7 Prozent den Islamischen Staat als Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland. 9 Prozent nennen in diesem Zusammenhang auch die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge und Asylbewerber. 11 Prozent nennen Krieg und Terrorismus allgemein als Bedrohung.

▪ **Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)**

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017			
	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	KW 03 %	KW 06 %	KW09 %	KW12 %
Türkei	2	5	13	6	5	6	10	25
USA	2	4	6	12	19	26	21	18
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	10	8	7	7
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	8	10	9	8
Syrien	20	15	15	21	17	12	14	12
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	12	13	9
Russland	6	8	9	11	7	7	6	6
Ukraine	4	6	5	5	3	6	5	3
Afrika	2	3	2	2	3	3	3	2
Asien	2	1	2	2	1	1	1	3
Osten, Osteuropa	1	2	1	2	1	1	1	2
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	11	9	7	11
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	4	4	4
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	2	2
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	2	2	3	2	3
Armut	1	2	2	2	2	2	3	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Nicht verändert haben sich die Einschätzungen der Bundesbürger zur Rolle Deutschlands in der Welt: Ein Drittel (33 %) der Bundesbürger meint, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur eine Minderheit (9 %) spricht sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus, während die Mehrheit (55 %) unverändert der Meinung ist, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	KW 03	33	10	54
	KW 06	36	8	53
	KW 09	36	8	53
	KW 12	33	9	55
	Ost	31	12	53
	West	34	8	55
	18- bis 29-Jährige	33	15	50
	30- bis 44-Jährige	32	11	53
	45- bis 59-Jährige	35	7	56
	60 Jahre und älter	33	7	58
	Anhänger der: CDU/CSU	33	6	59
	SPD	31	7	61
	Linke	38	14	38
	Grünen	54	1	41
	FDP	30	6	61
	AfD	22	27	48

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

36 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 13 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

48 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Nur unter den AfD-Anhängern meint eine Mehrheit, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nehme.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht	zu wenig Rücksicht	verhält sich *) genau richtig
		%	%	%
2015		40	15	41
2016	I. Quartal	42	15	37
	II. Quartal	42	15	38
	III. Quartal	42	17	37
	IV. Quartal	41	15	39
2017	KW 03	40	16	40
	KW 06	39	15	42
	KW 09	40	15	41
	KW 12	36	13	48
	Ost	47	16	34
	West	34	13	50
	18- bis 29-Jährige	41	15	42
	30- bis 44-Jährige	36	13	49
	45- bis 59-Jährige	41	14	43
	60 Jahre und älter	30	12	54
	Anhänger der: CDU/CSU	33	6	58
	SPD	36	10	52
	Linke	24	32	40
	Grünen	23	11	64
	FDP	31	13	54
	AfD	72	19	9

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

27. März 2017
q7213.12/34537 Hr

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	27. bis 31. März 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

18 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser geht, 15 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (67 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 KW 01	18	15	66
	KW 04	18	15	67
	KW 07	16	17	66
	KW 10	18	15	67
	KW 13	18	15	67
Ost		17	15	67
West		18	15	67
Männer		23	14	63
Frauen		14	16	70
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	13	19	68
	- € 1.500 bis unter € 3.000	19	19	62
	- € 3.000 oder mehr	21	10	69

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

23 Prozent rechnen für das kommende Jahr mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 12 Prozent mit einer Verschlechterung.

63 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- änderung % *)
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016 I. Quartal	21	15	63
	II. Quartal	22	13	64
	III. Quartal	22	12	64
	IV. Quartal	22	12	64
	2017 KW 01	23	14	62
	KW 04	20	13	66
	KW 07	24	12	62
	KW 10	25	11	62
	KW 13	23	12	63
Ost		18	12	69
West		24	12	62
Männer		25	13	61
Frauen		22	12	65
18- bis 29-Jährige		45	9	46
30- bis 44-Jährige		27	13	59
45- bis 59-Jährige		20	13	65
60 Jahre und älter		12	14	72
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	28	16	55
	- € 1.500 bis unter € 3.000	21	16	62
	- € 3.000 oder mehr	21	11	68
Anhänger der:				
	CDU/CSU	25	9	65
	SPD	17	12	70
	Linke	14	15	69
	Grünen	26	6	68
	FDP	29	5	65
	AfD	18	25	57

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

50 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

43 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja	nein *)
		<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt:	2015	52	40
	2016 I. Quartal	54	38
	II. Quartal	53	38
	III. Quartal	52	40
	IV. Quartal	50	42
	2017 KW 01	50	42
	KW 04	53	40
	KW 07	48	44
	KW 10	51	41
	KW 13	50	43
Ost		39	48
West		52	42
Männer		50	41
Frauen		49	45
18- bis 29-Jährige		47	40
30- bis 44-Jährige		57	38
45- bis 59-Jährige		57	37
60 Jahre und älter		44	50
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		34	54
- € 1.500 bis unter € 3.000		47	49
- € 3.000 oder mehr		64	31
Anhänger der:	CDU/CSU	57	37
	SPD	53	41
	Linke	43	42
	Grünen	63	36
	FDP	53	34
	AfD	56	39

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

52 Prozent der Bundesbürger glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

29 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 KW 01	49	32	17
KW 04	50	31	17
KW 07	51	31	16
KW 10	50	31	17
KW 13	52	29	16

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen gibt nur unter den AfD-Anhängern eine Mehrheit an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	52	29	16
Ost	51	28	19
West	52	29	16
Männer	55	28	16
Frauen	50	31	16
18- bis 29-Jährige	59	28	10
30- bis 44-Jährige	51	34	13
45- bis 59-Jährige	48	31	19
60 Jahre und älter	51	27	19
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	46	35	17
- € 1.500 bis unter € 3.000	50	32	16
- € 3.000 oder mehr	57	27	15
Anhänger der:			
CDU/CSU	60	25	13
SPD	54	30	13
Linke	49	34	14
Grünen	54	25	19
FDP	72	12	16
AfD	30	56	14

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	3. bis 7. April 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

51 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

41 Prozent meinen, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung <u> %</u>	falsche *) Richtung <u> %</u>
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 KW 02	48	43
KW 05	46	46
KW 08	51	41
KW 11	47	44
KW 14	51	41

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen überwiegend die Anhänger der Union und der FDP, mehrheitlich aber auch die Anhänger von SPD und Grünen.

Lediglich von den Anhängern der Linkspartei und insbesondere der AfD äußert eine deutliche Mehrheit, dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	51	41
Ost	41	48
West	52	39
Männer	49	44
Frauen	52	37
18- bis 29-Jährige	53	42
30- bis 44-Jährige	45	46
45- bis 59-Jährige	50	43
60 Jahre und älter	53	37
Anhänger der: CDU/CSU	68	26
SPD	59	33
Linke	27	67
Grünen	51	32
FDP	65	30
AfD	13	81

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 87 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 65 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

49 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität zufrieden. 43 Prozent sind zur Zeit mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte zufrieden, 42 Prozent mit dem mit dem Schul- und Bildungssystem. 40 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern und 35 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit zufrieden.

Jeweils etwa ein Drittel der befragten Bundesbürger ist mit der Integration von Zuwanderern (33 %) und mit der Sicherung der Altersvorsorge (32 %) zufrieden.

▪ **Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen**

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt %	Ost %	West %	Männer %	Frauen %	18-29-Jährige %	30-44-Jährige %	45-59-Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	87	81	88	87	87	87	86	87	86
Lage am Arbeitsmarkt	65	55	67	68	62	72	68	68	58
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	49	37	51	51	47	62	55	53	35
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	35	45	44	42	53	44	38	42
Schul- und Bildungssystem	42	38	43	42	42	52	43	35	39
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	40	26	42	41	38	40	36	41	37
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	32	36	37	33	46	31	34	29
Integration von Zuwanderern	33	22	35	33	33	50	30	28	29
Sicherung der Altersversorgung	32	33	32	31	32	37	21	26	40

Im Vergleich zur letzten Erhebung zeigen sich bei den meisten Lebens- und Problembereichen nur geringfügige Veränderungen.

Etwas abgenommen hat die Zufriedenheit mit der Lage am Arbeitsmarkt (von 68 auf 65 Prozent) und mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit (von 38 auf 35 Prozent).

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				KW02	KW05	KW08	KW11	KW14
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %					
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	88	86	86	87	87
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	70	65	67	68	65
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	47	52	51	49
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	40	43	43	43
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	46	47	45	43	42
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	38	40	38	40	40
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	36	30	34	38	35
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	34	33	32	34	33
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	30	30	30	32	32

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird das Thema PKW-Maut (17 %) am häufigsten genannt.

An zweiter Stelle der wahrgenommenen Themen liegt weiter rückläufig das Thema Flüchtlinge (14 %).

Jeweils 4 Prozent nennen das Thema Ausländer bzw. das Thema Rente und Rentenpolitik und jeweils 3 Prozent haben die Themen Familienpolitik, das Verhältnis zur Türkei und die Bildungs- und Schulpolitik genannt.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	KW02 %	KW05 %	KW08 %	KW11 %	KW14 %
PKW-Maut	0	0	0	6	5	4	5	5	17
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	25	23	19	17	14
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	7	5	6	6	4
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	5	3	5	3	4
Familienpolitik	0	0	1	1	1	1	0	0	3
Verhältnis zur Türkei	0	1	5	2	1	2	1	14	3
Bildungs-/Schulpolitik	0	0	0	0	1	2	1	1	3
„Brexit“/ Folgen des „Brexit“	0	0	0	0	0	2	0	1	2
„soziale Gerechtigkeit“	0	0	0	0	0	2	2	2	2
Innere Sicherheit	1	1	3	1	17	7	3	3	2
Wahlen in Deutschland allg.	0	0	0	0	1	2	1	2	2
Diskussion über Krise/Zukunft der EU	0	0	2	2	1	0	3	2	2
Wahl Donald Trumps zum Präsidenten	0	0	0	0	2	9	4	5	2
Verbot von Kinderehen	-	-	-	-	-	-	-	-	2
Arbeitslosigkeit	1	1	1	1	1	1	2	1	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	10. bis 13. April 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

67 Prozent der Bundesbürger (der bisher höchste Wert) machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

33 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

- Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		<u> %</u>	<u> %</u>
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 KW 03	59	40
	KW 06	60	39
	KW 09	62	38
	KW 12	63	37
	KW 15	67	33

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden deutlich häufiger Sorgen als Männer und die über 30-Jährigen häufiger als die Jüngeren.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt	67	33
Ost	73	27
West	66	34
Männer	58	42
Frauen	75	24
18- bis 29-Jährige	49	51
30- bis 44-Jährige	74	26
45- bis 59-Jährige	71	28
60 Jahre und älter	72	27
Anhänger der: CDU/CSU	67	32
SPD	71	28
Linke	72	27
Grünen	66	34
FDP	73	27
AfD	72	28

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden von den Bundesbürgern wieder zusammengenommen die Krisen im Nahen Osten am häufigsten genannt – nach der jüngsten Entwicklung vor allem die Situation in Syrien (28 %). Nur noch 8 Prozent nennen in diesem Zusammenhang die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge und Asylbewerber. 9 Prozent nennen Krieg und Terrorismus allgemein als Bedrohung.

Die USA werden immer noch von 14 Prozent und die Türkei von 9 Prozent genannt, beide allerdings mit rückläufiger Tendenz.

Asien mit Nordkorea wird mittlerweile mit 9 Prozent deutlich häufiger als bei der letzten Erhebung als Krisenherd mit Bedrohungspotenzial für Deutschland genannt.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017				
	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	KW 03 %	KW 06 %	KW09 %	KW12 %	KW15 %
Türkei	2	5	13	6	5	6	10	25	9
USA	2	4	6	12	19	26	21	18	14
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	10	8	7	7	8
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	8	10	9	8	8
Syrien	20	15	15	21	17	12	14	12	28
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	12	13	9	8
Russland	6	8	9	11	7	7	6	6	8
Ukraine	4	6	5	5	3	6	5	3	3
Afrika	2	3	2	2	3	3	3	2	2
Asien	2	1	2	2	1	1	1	3	9
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	11	9	7	11	9
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	4	4	4	4
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	2	2	2
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	2	2	3	2	3	2
Armut	1	2	2	2	2	2	3	2	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Etwa ein Drittel (34 %) der Bundesbürger meint, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur eine Minderheit (10 %) spricht sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus, während die Mehrheit (53 %) unverändert der Meinung ist, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	KW 03	33	10	54
	KW 06	36	8	53
	KW 09	36	8	53
	KW 12	33	9	55
	KW 15	34	10	53
	Ost	36	10	52
	West	34	10	54
	18- bis 29-Jährige	37	12	48
	30- bis 44-Jährige	41	10	47
	45- bis 59-Jährige	34	9	54
	60 Jahre und älter	29	10	59
	Anhänger der: CDU/CSU	34	4	61
	SPD	40	6	53
	Linke	44	18	35
	Grünen	46	3	49
	FDP	40	7	53
	AfD	24	27	47

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

37 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 14 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt. 44 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Nur unter den AfD-Anhängern meint eine Mehrheit, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nehme.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht	zu wenig Rücksicht	verhält sich *) genau richtig
		<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>
2015		40	15	41
2016	I. Quartal	42	15	37
	II. Quartal	42	15	38
	III. Quartal	42	17	37
	IV. Quartal	41	15	39
2017	KW 03	40	16	40
	KW 06	39	15	42
	KW 09	40	15	41
	KW 12	36	13	48
	KW 15	37	14	44
	Ost	40	16	39
	West	37	14	44
	18- bis 29-Jährige	40	15	38
	30- bis 44-Jährige	39	17	38
	45- bis 59-Jährige	42	14	41
	60 Jahre und älter	32	13	50
	Anhänger der: CDU/CSU	33	9	55
	SPD	37	13	47
	Linke	23	36	34
	Grünen	18	18	60
	FDP	42	13	40
	AfD	65	21	13

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

18. April 2017
q7213.15/34635 Hr

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	18. bis 21. April 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

16 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser geht, ebenfalls 16 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (67 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 KW 01	18	15	66
	KW 04	18	15	67
	KW 07	16	17	66
	KW 10	18	15	67
	KW 13	18	15	67
	KW 16	16	16	67
Ost		16	22	62
West		16	15	68
Männer		18	16	65
Frauen		14	17	69
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	11	27	62
	- € 1.500 bis unter € 3.000	15	20	64
	- € 3.000 oder mehr	22	10	67

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

24 Prozent rechnen für das kommende Jahr mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 12 Prozent mit einer Verschlechterung.

63 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- änderung % *)
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016 I. Quartal	21	15	63
	II. Quartal	22	13	64
	III. Quartal	22	12	64
	IV. Quartal	22	12	64
	2017 KW 01	23	14	62
	KW 04	20	13	66
	KW 07	24	12	62
	KW 10	25	11	62
	KW 13	23	12	63
	KW 16	24	12	63
	Ost	25	16	58
	West	24	12	64
	Männer	25	13	61
	Frauen	23	12	64
	18- bis 29-Jährige	51	5	44
	30- bis 44-Jährige	31	11	57
	45- bis 59-Jährige	18	17	64
	60 Jahre und älter	11	14	73
	Haushaltsnettoeinkommen:			
	- unter € 1.500	28	16	54
	- € 1.500 bis unter € 3.000	24	15	60
	- € 3.000 oder mehr	22	10	67
	Anhänger der:			
	CDU/CSU	24	8	68
	SPD	26	8	65
	Linke	24	16	59
	Grünen	16	12	71
	FDP	17	12	71
	AfD	17	40	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

50 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

Weniger als die Hälfte (43 Prozent) ist der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

	Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
	ja %	nein *) %
insgesamt: 2015	52	40
2016 I. Quartal	54	38
II. Quartal	53	38
III. Quartal	52	40
IV. Quartal	50	42
2017 KW 01	50	42
KW 04	53	40
KW 07	48	44
KW 10	51	41
KW 13	50	43
KW 16	50	43
Ost	44	49
West	51	42
Männer	50	43
Frauen	49	43
18- bis 29-Jährige	43	53
30- bis 44-Jährige	51	42
45- bis 59-Jährige	58	37
60 Jahre und älter	48	44
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.500	34	60
- € 1.500 bis unter € 3.000	44	49
- € 3.000 oder mehr	67	28
Anhänger der: CDU/CSU	56	38
SPD	55	39
Linke	44	51
Grünen	58	36
FDP	62	28
AfD	50	49

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

50 Prozent der Bundesbürger glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

32 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 KW 01	49	32	17
KW 04	50	31	17
KW 07	51	31	16
KW 10	50	31	17
KW 13	52	29	16
KW 16	50	32	16

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen gibt nur unter den AfD-Anhängern eine Mehrheit an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	50	32	16
Ost	40	41	18
West	52	30	15
Männer	55	28	16
Frauen	46	36	16
18- bis 29-Jährige	48	33	15
30- bis 44-Jährige	52	33	13
45- bis 59-Jährige	51	34	14
60 Jahre und älter	47	30	20
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	35	36	26
- € 1.500 bis unter € 3.000	46	38	15
- € 3.000 oder mehr	59	27	12
Anhänger der:			
CDU/CSU	64	24	10
SPD	52	29	17
Linke	27	49	24
Grünen	51	27	21
FDP	65	21	12
AfD	23	53	20

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	24. bis 28. April 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

49 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

42 Prozent meinen, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

Damit überwiegt wie schon in den letzten Wochen der Anteil der Bundesbürger, die meinen, dass Deutschland sich in die richtige Richtung entwickle den Anteil derer, die dies anders sehen.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 KW 02	48	43
KW 05	46	46
KW 08	51	41
KW 11	47	44
KW 14	51	41
KW 17	49	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen überwiegend die Anhänger der Union, mehrheitlich aber auch die Anhänger von SPD und Grünen.

Lediglich von den Anhängern der Linkspartei und insbesondere der AfD äußert eine deutliche Mehrheit, dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	49	42
Ost	44	45
West	50	41
Männer	50	41
Frauen	47	43
18- bis 29-Jährige	61	33
30- bis 44-Jährige	43	49
45- bis 59-Jährige	43	49
60 Jahre und älter	51	36
Anhänger der: CDU/CSU	65	28
SPD	56	36
Linke	36	52
Grünen	54	38
FDP	47	42
AfD	14	84

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 86 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 68 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

48 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität zufrieden. 44 Prozent sind zur Zeit mit dem Schul- und Bildungssystem zufrieden, 41 Prozent mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte.

Jeweils 34 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern bzw. mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit zufrieden. 31 Prozent sind mit der Sicherung der Altersvorsorge und 30 Prozent mit der Integration von Zuwanderern zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt %	Ost %	West %	Männer %	Frauen %	18-29-Jährige %	30-44-Jährige %	45-59-Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	86	82	86	87	85	91	87	83	85
Lage am Arbeitsmarkt	68	57	70	73	63	71	77	67	61
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	48	35	50	52	44	62	52	44	39
Schul- und Bildungssystem	44	26	47	46	42	62	44	38	37
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	41	35	42	43	38	47	39	32	42
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	34	28	36	37	32	38	31	33	34
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	34	24	36	36	32	47	33	29	30
Sicherung der Altersversorgung	31	27	32	33	29	29	25	24	42
Integration von Zuwanderern	30	28	31	32	28	47	28	24	25

Im Vergleich zur letzten Erhebung zeigen sich bei den meisten Lebens- und Problembereichen nur geringfügige Veränderungen.

Abgenommen hat die Zufriedenheit mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern (von 40 auf 34 Prozent).

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				KW02	KW05	KW08	KW11	KW14	KW17
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %						
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	88	86	86	87	87	86
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	70	65	67	68	65	68
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	47	52	51	49	48
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	46	47	45	43	42	44
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	40	43	43	43	41
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	38	40	38	40	40	34
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	36	30	34	38	35	34
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	30	30	30	32	32	31
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	34	33	32	34	33	30

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird das Thema Flüchtlinge vergleichsweise (14 %) am häufigsten genannt.

Jeweils 6 Prozent nennen das Thema PKW-Maut bzw. das Thema Ausländer und Integration und jeweils 4 Prozent haben die Themen innere Sicherheit und Rente wahrgenommen. Als weitere Themen werden von jeweils 3 Prozent noch das Verhältnis zur Türkei und die US-Präsidentschaft von Donald Trump genannt.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	KW02	KW05	KW08	KW11	KW14	KW17
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	25	23	19	17	14	14
PKW-Maut	0	0	0	6	5	4	5	5	17	6
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	7	5	6	6	4	6
Innere Sicherheit	1	1	3	1	17	7	3	3	2	4
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	5	3	5	3	4	4
Verhältnis zur Türkei	0	1	5	2	1	2	1	14	3	3
Wahl Donald Trumps zum Präsidenten	0	0	0	0	2	9	4	5	2	3
Diskussion über Krise/Zukunft der EU	0	0	2	2	1	0	3	2	2	2
Außenpolitik allgemein	0	0	0	0	1	2	1	2	1	2
Steuerpolitik/ Steuerentlastung	1	2	3	2	2	2	1	2	1	2
„Brexit“/ Folgen des „Brexit“	0	0	0	0	0	2	0	1	2	2
Bildungs-/Schulpolitik	0	0	0	0	1	2	1	1	3	2
Terror (Islamismus/IS)	1	1	0	0	3	2	1	1	0	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	2. bis 5. Mai 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

65 Prozent der Bundesbürger (der bisher höchste Wert) machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

34 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		<u> %</u>	<u> %</u>
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	KW 15	67	33
	KW 18	65	34

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden deutlich häufiger Sorgen als Männer.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	65	34
Ost	70	28
West	64	36
Männer	56	43
Frauen	74	26
18- bis 29-Jährige	60	38
30- bis 44-Jährige	68	31
45- bis 59-Jährige	64	36
60 Jahre und älter	70	30
Anhänger der: CDU/CSU	68	31
SPD	63	37
Linke	68	31
Grünen	70	30
FDP	55	45
AfD	76	24

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, wird von den Bundesbürgern mittlerweile Asien mit Nordkorea am häufigsten (20 %) als Krisenherd mit Bedrohungspotenzial für Deutschland genannt.

Am zweithäufigsten werden von den Bundesbürgern zusammengenommen die Krisen im Nahen Osten genannt – vor allem die Situation in Syrien (wenn auch deutlich rückläufig) genannt. Nur noch 6 Prozent nennen in diesem Zusammenhang die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge und Asylbewerber. 8 Prozent nennen Krieg und Terrorismus allgemein als Bedrohung.

Die USA und die Türkei werden noch immer von jeweils 16 Prozent als Krisenherd genannt, beide nun wieder, insbesondere die Türkei mit steigender Tendenz.

▪ **Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)**

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017		
	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	I. Quart. %	KW15 %	KW18 %
Türkei	2	5	13	6	12	9	16
USA	2	4	6	12	21	14	16
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	8	8	6
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	9	8	7
Syrien	20	15	15	21	14	28	18
Irak	2	2	2	2	1	1	2
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	8	6
Russland	6	8	9	11	7	8	9
Ukraine	4	6	5	5	4	3	5
Afrika	2	3	2	2	3	2	2
Asien	2	1	2	2	2	9	20
Osten, Osteuropa	1	2	1	2	1	1	2
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	10	9	8
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	4	3
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	2
Armut	1	2	2	2	2	2	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Etwa ein Drittel (30 %) der Bundesbürger meint, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur eine Minderheit (9 %) spricht sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus, während die Mehrheit (58 %) der Meinung ist, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	I. Quartal	35	9	54
	KW 15	34	10	53
	KW 18	30	9	58
	Ost	27	16	55
	West	31	8	59
	18- bis 29-Jährige	33	11	53
	30- bis 44-Jährige	33	12	53
	45- bis 59-Jährige	33	9	56
	60 Jahre und älter	25	6	66
	Anhänger der: CDU/CSU	24	5	69
	SPD	38	7	54
	Linke	42	18	37
	Grünen	42	3	53
	FDP	28	6	64
	AfD	21	36	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

36 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 13 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt. Fast die Hälfte der Bundesbürger findet mittlerweile, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Nur unter den AfD-Anhängern meint eine Mehrheit, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nehme.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht	zu wenig Rücksicht	verhält sich *) genau richtig
		<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>
2015		40	15	41
2016	I. Quartal	42	15	37
	II. Quartal	42	15	38
	III. Quartal	42	17	37
	IV. Quartal	41	15	39
2017	I. Quartal	39	15	43
	KW 15	37	14	44
	KW 18	36	13	47
	Ost	44	15	37
	West	35	12	49
	18- bis 29-Jährige	37	7	49
	30- bis 44-Jährige	38	13	47
	45- bis 59-Jährige	41	13	43
	60 Jahre und älter	32	15	47
	Anhänger der: CDU/CSU	39	6	52
	SPD	31	13	52
	Linke	26	30	38
	Grünen	24	14	56
	FDP	37	10	52
	AfD	66	17	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

8. Mai 2017
q7213.18/34717 Hr

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	8. bis 12. Mai 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

17 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser geht, 13 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (68 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 I. Quartal	18	15	67
	KW 16	16	16	67
	KW 19	17	13	68
Ost		16	17	67
West		18	13	68
Männer		18	13	69
Frauen		17	14	68
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	9	24	66
	- € 1.500 bis unter € 3.000	18	14	68
	- € 3.000 oder mehr	25	9	66

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

22 Prozent rechnen für das kommende Jahr mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 10 Prozent mit einer Verschlechterung.

66 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

	Es erwarten eine		
	Verbes- serung	Verschlech- terung	keine Ver- änderung *)
	%	%	%
insgesamt: 2015	22	15	62
2016 I. Quartal	21	15	63
II. Quartal	22	13	64
III. Quartal	22	12	64
IV. Quartal	22	12	64
2017 I. Quartal	23	12	63
KW 16	24	12	63
KW 19	22	10	66
Ost	26	11	59
West	21	10	67
Männer	23	11	64
Frauen	21	10	67
18- bis 29-Jährige	43	5	51
30- bis 44-Jährige	32	9	56
45- bis 59-Jährige	17	13	68
60 Jahre und älter	9	12	77
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	28	12	59
- € 1.500 bis unter € 3.000	22	12	66
- € 3.000 oder mehr	22	8	70
Anhänger der: CDU/CSU	19	7	73
SPD	23	7	69
Linke	24	13	61
Grünen	27	10	63
FDP	22	12	65
AfD	10	30	60

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

52 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

41 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

	Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
	ja %	nein *) %
insgesamt: 2015	52	40
2016 I. Quartal	54	38
II. Quartal	53	38
III. Quartal	52	40
IV. Quartal	50	42
2017 I. Quartal	50	42
KW 16	50	43
KW 19	52	41
Ost	48	43
West	53	41
Männer	57	37
Frauen	47	45
18- bis 29-Jährige	54	41
30- bis 44-Jährige	51	41
45- bis 59-Jährige	56	37
60 Jahre und älter	50	43
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.500	28	64
- € 1.500 bis unter € 3.000	50	45
- € 3.000 oder mehr	68	26
Anhänger der: CDU/CSU	61	34
SPD	56	39
Linke	44	48
Grünen	61	31
FDP	60	32
AfD	42	58

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Unverändert 50 Prozent der Bundesbürger glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

30 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 I. Quartal	50	31	17
KW 16	50	32	16
KW 19	50	30	18

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen gibt nur unter den AfD-Anhängern eine Mehrheit an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	50	30	18
Ost	48	26	24
West	50	30	17
Männer	55	25	18
Frauen	46	34	18
18- bis 29-Jährige	57	23	17
30- bis 44-Jährige	46	35	17
45- bis 59-Jährige	50	33	14
60 Jahre und älter	48	27	22
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	35	44	18
- € 1.500 bis unter € 3.000	46	33	19
- € 3.000 oder mehr	63	22	13
Anhänger der:			
CDU/CSU	58	24	16
SPD	54	29	15
Linke	32	34	32
Grünen	61	29	8
FDP	62	18	18
AfD	25	63	12

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	15. bis 19. Mai 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

54 Prozent der Bundesbürger (der höchste bisher gemessene Wert) haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

36 Prozent meinen, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 I. Quartal	48	44
KW 14	51	41
KW 17	49	42
KW 20	54	36

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen überwiegend die Anhänger der Union, mehrheitlich aber auch die Anhänger von SPD, Grünen und FDP.

Lediglich von den Anhängern der Linkspartei und insbesondere der AfD äußert eine deutliche Mehrheit, dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	54	36
Ost	47	40
West	55	35
Männer	56	36
Frauen	52	36
18- bis 29-Jährige	54	38
30- bis 44-Jährige	57	35
45- bis 59-Jährige	46	45
60 Jahre und älter	56	30
Anhänger der: CDU/CSU	71	19
SPD	62	29
Linke	33	56
Grünen	56	33
FDP	55	32
AfD	9	86

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 87 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 69 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

49 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität zufrieden. 43 Prozent sind zur Zeit mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte zufrieden, 40 Prozent mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Jeweils 37 Prozent zeigen sich mit dem Schul- und Bildungssystem, bzw. mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit zufrieden. 33 Prozent sind mit der Integration von Zuwanderern und 31 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt %	Ost %	West %	Männer %	Frauen %	18-29-Jährige %	30-44-Jährige %	45-59-Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	87	79	89	90	85	88	86	86	87
Lage am Arbeitsmarkt	69	66	69	75	63	73	72	72	62
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	49	41	50	52	46	64	54	45	37
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	35	45	47	40	46	43	40	43
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	40	34	41	43	37	38	44	38	38
Schul- und Bildungssystem	37	23	39	38	36	51	37	30	31
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	37	29	38	39	35	46	38	34	29
Integration von Zuwanderern	33	23	35	35	31	41	34	31	27
Sicherung der Altersversorgung	31	31	31	31	31	24	22	25	43

Im Vergleich zur letzten Erhebung zeigen sich bei den meisten Lebens- und Problembereichen nur geringfügige Veränderungen.

Vermutlich auch aufgrund der stärkeren öffentlichen Diskussion des Themas in den vergangenen Wochen ist die Zufriedenheit mit dem Schul- und Bildungssystem im Vergleich zur letzten Erhebung gesunken (von 44 auf 37 Prozent).

Die Zufriedenheit mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern hat hingegen zugenommen (von 34 auf 40 Prozent).

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				2017			
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	KW14 %	KW17 %	KW20 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	87	87	86	87
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	68	65	68	69
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	49	48	49
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	43	41	43
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	39	40	34	40
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	45	42	44	37
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	35	35	34	37
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	33	33	30	33
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	31	32	31	31

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird das Thema Flüchtlinge vergleichsweise (12 %) am häufigsten genannt, allerdings mit weiter fallender Tendenz.

Jeweils 6 Prozent nennen das Thema innere Sicherheit bzw. PKW-Maut. Jeweils 5 Prozent nennen das Thema Ausländer und Integration, die Affäre um rechtsextrême Tendenzen in der Bundeswehr sowie die Bildungs- und Schulpolitik.

Als weitere Themen werden von jeweils 3 Prozent das Verhältnis zur Türkei, die Diskussion über die Zukunft der EU und die Rentenpolitik genannt.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016				2017			
	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	KW14 %	KW17 %	KW20 %
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	21	14	14	12
Innere Sicherheit	1	1	3	1	8	2	4	6
PKW-Maut	0	0	0	6	5	17	6	6
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	6	4	6	5
Bundeswehr-Affäre	-	-	-	-	-	-	-	5
Bildungs-/Schulpolitik	0	0	0	0	1	3	2	5
Verhältnis zur Türkei	0	1	5	2	5	3	3	3
Diskussion über Krise/Zukunft der EU	0	0	2	2	2	2	2	3
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	4	4	4	3
Wahlen in Deutschland (allg.)	0	0	0	0	2	2	1	2
Steuerpolitik/ Steuerentlastung	1	2	3	2	2	1	2	2
„soziale Gerechtigkeit“	0	0	0	0	2	2	1	2
Wirtschaftspolitik	1	1	2	1	1	1	1	2
Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-	-	-	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	22. bis 26. Mai 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

63 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

36 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		<u> %</u>	<u> %</u>
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	KW 15	67	33
	KW 18	65	34
	KW 21	63	36

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden deutlich häufiger Sorgen als Männer.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	63	36
Ost	66	34
West	63	36
Männer	73	26
Frauen	54	46
18- bis 29-Jährige	61	39
30- bis 44-Jährige	59	39
45- bis 59-Jährige	65	35
60 Jahre und älter	69	31
Anhänger der: CDU/CSU	67	33
SPD	69	30
Linke	64	34
Grünen	56	44
FDP	61	39
AfD	57	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden von den Bundesbürgern die USA einerseits sowie Krieg und Terrorismus andererseits aktuell am vergleichsweise häufigsten (jeweils 12 %) genannt.

▪ **Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)**

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017			
	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	I. Quart. %	KW15 %	KW18 %	KW21 %
Türkei	2	5	13	6	12	9	16	7
USA	2	4	6	12	21	14	16	12
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	8	8	6	8
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	9	8	7	9
Syrien	20	15	15	21	14	28	18	9
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	8	6	6
Russland	6	8	9	11	7	8	9	4
Ukraine	4	6	5	5	4	3	5	2
Afrika	2	3	2	2	3	2	2	3
Asien	2	1	2	2	2	9	20	10
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	10	9	8	12
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	4	3	4
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	2	2
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	2	3	2	1	2
Armut	1	2	2	2	2	2	2	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Ein Drittel (33 %) der Bundesbürger meint, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur eine Minderheit (9 %) spricht sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus, während die Mehrheit (54 %) der Meinung ist, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	I. Quartal	35	9	54
	KW 15	34	10	53
	KW 18	30	9	58
	KW 21	33	9	54
	Ost	31	14	50
	West	34	8	55
	18- bis 29-Jährige	38	13	45
	30- bis 44-Jährige	32	11	49
	45- bis 59-Jährige	32	8	58
	60 Jahre und älter	30	7	60
	Anhänger der: CDU/CSU	29	4	64
	SPD	37	7	56
	Linke	46	15	35
	Grünen	47	5	46
	FDP	36	6	55
	AfD	18	24	54

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

37 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt. 43 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Von den AfD-Anhängern meint eine knappe Mehrheit, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt. Dass Deutschland umgekehrt zu wenig Rücksicht nehme, meinen überdurchschnittlich häufig die Anhänger der Linkspartei.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht	zu wenig Rücksicht	verhält sich *) genau richtig
		%	%	%
2015		40	15	41
2016	I. Quartal	42	15	37
	II. Quartal	42	15	38
	III. Quartal	42	17	37
	IV. Quartal	41	15	39
2017	I. Quartal	39	15	43
	KW 15	37	14	44
	KW 18	36	13	47
	KW 21	37	16	43
	Ost	44	13	39
	West	35	16	44
	18- bis 29-Jährige	44	13	38
	30- bis 44-Jährige	41	16	39
	45- bis 59-Jährige	39	15	42
	60 Jahre und älter	29	20	47
Anhänger der:	CDU/CSU	35	9	53
	SPD	34	17	47
	Linke	30	40	25
	Grünen	24	20	54
	FDP	32	11	53
	AfD	52	26	15

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	29. Mai bis 2. Juni 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

19 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser geht. 12 Prozent (der tiefste bisher gemessene Wert) geben an, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (68 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 I. Quartal	18	15	67
	KW 16	16	16	67
	KW 19	17	13	68
	KW 22	19	12	68
Ost		18	13	68
West		19	12	68
Männer		24	11	65
Frauen		14	13	72
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	14	20	66
	- € 1.500 bis unter € 3.000	15	14	71
	- € 3.000 oder mehr	25	8	67

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

23 Prozent rechnen für das kommende Jahr mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 10 Prozent mit einer Verschlechterung.

67 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

	Es erwarten eine		
	Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- änderung %
insgesamt: 2015	22	15	62
2016 I. Quartal	21	15	63
II. Quartal	22	13	64
III. Quartal	22	12	64
IV. Quartal	22	12	64
2017 I. Quartal	23	12	63
KW 16	24	12	63
KW 19	22	10	66
KW 22	23	10	67
Ost	20	12	67
West	23	9	66
Männer	23	11	65
Frauen	23	8	68
18- bis 29-Jährige	37	8	55
30- bis 44-Jährige	36	5	58
45- bis 59-Jährige	19	13	67
60 Jahre und älter	11	12	76
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	26	11	61
- € 1.500 bis unter € 3.000	22	8	69
- € 3.000 oder mehr	25	9	65
Anhänger der: CDU/CSU	22	8	69
SPD	27	9	64
Linke	28	9	63
Grünen	16	7	77
FDP	20	11	67
AfD	20	22	57

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

56 Prozent der Bundesbürger (4 Prozentpunkte mehr als noch Anfang Mai) meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

37 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

	Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
	ja %	nein *) %
insgesamt: 2015	52	40
2016 I. Quartal	54	38
II. Quartal	53	38
III. Quartal	52	40
IV. Quartal	50	42
2017 I. Quartal	50	42
KW 16	50	43
KW 19	52	41
KW 22	56	37
Ost	53	41
West	56	37
Männer	57	36
Frauen	54	39
18- bis 29-Jährige	49	44
30- bis 44-Jährige	61	32
45- bis 59-Jährige	59	33
60 Jahre und älter	55	38
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.500	38	52
- € 1.500 bis unter € 3.000	55	39
- € 3.000 oder mehr	67	29
Anhänger der: CDU/CSU	62	33
SPD	55	38
Linke	48	42
Grünen	59	31
FDP	64	30
AfD	57	38

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

53 Prozent der Bundesbürger glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

27 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 I. Quartal	50	31	17
KW 16	50	32	16
KW 19	50	30	18
KW 22	53	27	18

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen gibt nur unter den AfD-Anhängern eine Mehrheit an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	53	27	18
Ost	46	33	20
West	55	26	17
Männer	56	25	17
Frauen	51	29	18
18- bis 29-Jährige	54	28	15
30- bis 44-Jährige	56	31	12
45- bis 59-Jährige	53	26	20
60 Jahre und älter	52	25	19
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	42	36	20
- € 1.500 bis unter € 3.000	56	27	16
- € 3.000 oder mehr	59	24	16
Anhänger der:			
CDU/CSU	65	18	16
SPD	58	26	14
Linke	40	35	23
Grünen	57	20	21
FDP	58	16	25
AfD	34	58	8

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	6. bis 9. Juni 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

52 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

40 Prozent meinen, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 I. Quartal	48	44
KW 14	51	41
KW 17	49	42
KW 20	54	36
KW 23	52	40

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen überwiegend die Anhänger der Union, mehrheitlich aber auch die Anhänger von SPD, Grünen und FDP.

Lediglich von den Anhängern der Linkspartei und insbesondere der AfD äußert eine deutliche Mehrheit, dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	52	40
Ost	45	46
West	53	39
Männer	53	40
Frauen	51	40
18- bis 29-Jährige	56	32
30- bis 44-Jährige	47	44
45- bis 59-Jährige	50	44
60 Jahre und älter	53	37
Anhänger der: CDU/CSU	75	17
SPD	54	40
Linke	30	61
Grünen	50	38
FDP	58	33
AfD	4	91

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 87 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 67 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

48 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität zufrieden. 46 Prozent sind zur Zeit mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte zufrieden, 39 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem.

38 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern und 37 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit zufrieden. 31 Prozent sind mit der Integration von Zuwanderern und 30 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt %	Ost %	West %	Männer %	Frauen %	18-29-Jährige %	30-44-Jährige %	45-59-Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	87	86	87	88	85	87	85	84	89
Lage am Arbeitsmarkt	67	65	67	71	63	74	69	67	64
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	48	38	50	51	45	64	50	46	37
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	46	41	47	48	43	62	42	39	45
Schul- und Bildungssystem	39	33	41	41	38	46	40	35	36
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	38	28	40	40	37	45	37	39	36
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	37	30	38	39	35	51	34	32	31
Integration von Zuwanderern	31	18	34	32	31	45	29	29	26
Sicherung der Altersversorgung	30	29	31	29	31	28	26	25	38

Im Vergleich zur letzten Erhebung zeigen sich bei den meisten Lebens- und Problembereichen nur geringfügige Veränderungen.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				2017				
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	KW14 %	KW17 %	KW20 %	KW23 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	87	87	86	87	87
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	68	65	68	69	67
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	49	48	49	48
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	43	41	43	46
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	45	42	44	37	39
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	39	40	34	40	38
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	35	35	34	37	37
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	33	33	30	33	31
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	31	32	31	31	30

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird das Thema Flüchtlinge mittlerweile nur noch von 9 Prozent genannt und damit in etwa ebenso häufig wie das Thema Rentenpolitik.

5 Prozent nennen das Verhältnis zur Türkei und jeweils 4 Prozent die Themen Innere Sicherheit und Ausländer bzw. Integration und Terror bzw. Islamismus. Als weitere Themen werden von jeweils 3 Prozent noch die PKW-Maut und die Schul- bzw. Bildungspolitik genannt.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016				2017				
	I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	KW14	KW17	KW20	KW23
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	21	14	14	12	9
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	4	4	4	3	8
Verhältnis zur Türkei	0	1	5	2	5	3	3	3	5
Innere Sicherheit	1	1	3	1	8	2	4	6	4
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	6	4	6	5	4
Terror (Islamismus/IS)	1	1	0	0	2	0	2	1	4
PKW-Maut	0	0	0	6	5	17	6	6	3
Bildungs-/Schulpolitik	0	0	0	0	1	3	2	5	3
Wahl Donald Trumps zum Präsidenten	0	0	0	0	5	2	3	1	2
Bundeswehr-Abzug aus Incirlik	-	-	-	-	-	-	-	-	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	12. bis 16. Juni 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

61 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

39 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	KW 15	67	33
	KW 18	65	34
	KW 21	63	36
	KW 24	61	39

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden deutlich häufiger Sorgen als Männer und die Anhänger der Linkspartei häufiger als die Anhänger der anderen Parteien.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	61	39
Ost	64	36
West	60	39
Männer	54	46
Frauen	67	32
18- bis 29-Jährige	48	51
30- bis 44-Jährige	61	36
45- bis 59-Jährige	60	39
60 Jahre und älter	68	32
Anhänger der: CDU/CSU	59	40
SPD	64	36
Linke	72	28
Grünen	62	38
FDP	60	40
AfD	59	40

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden von den Bundesbürgern aktuell die USA (16 %), Krieg und Terrorismus (14 %) sowie allgemein der Nahe Osten (12 %) am vergleichsweise häufigsten genannt.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017				
	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	I. Quart. %	KW15 %	KW18 %	KW21 %	KW24 %
USA	2	4	6	12	21	14	16	12	16
Türkei	2	5	13	6	12	9	16	7	7
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	8	8	6	8	9
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	9	8	7	9	12
Syrien	20	15	15	21	14	28	18	9	8
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	8	6	6	8
Russland	6	8	9	11	7	8	9	4	6
Ukraine	4	6	5	5	4	3	5	2	2
Afrika	2	3	2	2	3	2	2	3	2
Asien	2	1	2	2	2	9	20	10	6
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	10	9	8	12	14
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	4	3	4	4
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	2	2	3
Armut	1	2	2	2	2	2	2	2	3

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Etwa ein Drittel (36 %) der Bundesbürger meint, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur eine Minderheit (8 %) spricht sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus, während die Mehrheit (53 %) der Meinung ist, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	genug tut bereits *)
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	I. Quartal	35	9	54
	KW 15	34	10	53
	KW 18	30	9	58
	KW 21	33	9	54
	KW 24	36	8	53
	Ost	29	14	54
	West	37	7	53
	18- bis 29-Jährige	39	7	49
	30- bis 44-Jährige	34	12	50
	45- bis 59-Jährige	36	9	53
	60 Jahre und älter	34	6	58
	Anhänger der: CDU/CSU	32	4	62
	SPD	37	7	54
	Linke	53	14	29
	Grünen	42	6	52
	FDP	44	8	46
	AfD	29	28	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

36 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 14 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

45 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Von den AfD-Anhängern meinen etwa zwei Drittel, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt. Dass Deutschland umgekehrt zu wenig Rücksicht nehme, meinen überdurchschnittlich häufig die Anhänger der Linkspartei.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016 I. Quartal	42	15	37
II. Quartal	42	15	38
III. Quartal	42	17	37
IV. Quartal	41	15	39
2017 I. Quartal	39	15	43
KW 15	37	14	44
KW 18	36	13	47
KW 21	37	16	43
KW 24	36	14	45
Ost	39	15	39
West	35	14	46
18- bis 29-Jährige	33	18	43
30- bis 44-Jährige	39	15	40
45- bis 59-Jährige	42	11	44
60 Jahre und älter	30	15	49
Anhänger der: CDU/CSU	33	7	57
SPD	34	13	50
Linke	36	38	21
Grünen	27	13	56
FDP	34	21	41
AfD	65	17	16

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	19. bis 23. Juni 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

16 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser geht. 15 Prozent geben an, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (68 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 I. Quartal	18	15	67
	KW 16	16	16	67
	KW 19	17	13	68
	KW 22	19	12	68
	KW 25	16	15	68
Ost		14	14	71
West		16	15	67
Männer		19	15	65
Frauen		13	15	70
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	8	26	66
	- € 1.500 bis unter € 3.000	19	16	64
	- € 3.000 oder mehr	21	10	68

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

22 Prozent rechnen für das kommende Jahr mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, nur 9 Prozent mit einer Verschlechterung.

67 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

	Es erwarten eine		
	Verbesserung %	Verschlechterung %	keine Veränderung *) %
insgesamt: 2015	22	15	62
2016 I. Quartal	21	15	63
II. Quartal	22	13	64
III. Quartal	22	12	64
IV. Quartal	22	12	64
2017 I. Quartal	23	12	63
KW 16	24	12	63
KW 19	22	10	66
KW 22	23	10	67
KW 25	22	9	67
Ost	20	13	64
West	22	8	68
Männer	22	10	67
Frauen	21	9	68
18- bis 29-Jährige	38	4	58
30- bis 44-Jährige	30	9	58
45- bis 59-Jährige	18	11	70
60 Jahre und älter	12	11	75
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	23	12	63
- € 1.500 bis unter € 3.000	24	8	66
- € 3.000 oder mehr	22	7	70
Anhänger der: CDU/CSU	22	9	69
SPD	25	5	68
Linke	21	12	67
Grünen	14	5	80
FDP	27	10	60
AfD	19	21	59

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

48 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

43 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

	Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
	ja %	nein *) %
insgesamt: 2015	52	40
2016 I. Quartal	54	38
II. Quartal	53	38
III. Quartal	52	40
IV. Quartal	50	42
2017 I. Quartal	50	42
KW 16	50	43
KW 19	52	41
KW 22	56	37
KW 25	48	43
Ost	37	55
West	50	41
Männer	52	41
Frauen	45	45
18- bis 29-Jährige	41	51
30- bis 44-Jährige	52	41
45- bis 59-Jährige	54	40
60 Jahre und älter	48	43
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.500	32	62
- € 1.500 bis unter € 3.000	47	46
- € 3.000 oder mehr	67	27
Anhänger der: CDU/CSU	52	41
SPD	56	39
Linke	47	40
Grünen	55	36
FDP	70	27
AfD	43	53

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

54 Prozent der Bundesbürger glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

25 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 I. Quartal	50	31	17
KW 16	50	32	16
KW 19	50	30	18
KW 22	53	27	18
KW 25	54	25	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen gibt nur unter den Anhängern der AfD fast die Hälfte an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	54	25	17
Ost	44	30	23
West	56	25	16
Männer	58	23	17
Frauen	51	28	18
18- bis 29-Jährige	59	19	18
30- bis 44-Jährige	55	29	14
45- bis 59-Jährige	51	31	17
60 Jahre und älter	54	23	20
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	41	35	23
- € 1.500 bis unter € 3.000	49	33	18
- € 3.000 oder mehr	67	19	13
Anhänger der:			
CDU/CSU	65	20	13
SPD	61	25	14
Linke	42	32	24
Grünen	55	29	16
FDP	63	20	15
AfD	30	47	23

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	26. bis 30. Juni 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Unverändert 52 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

Ebenfalls unverändert 40 Prozent sind der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung	falsche *) Richtung
	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 I. Quartal	48	44
KW 14	51	41
KW 17	49	42
KW 20	54	36
KW 23	52	40
KW 26	52	40

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen überwiegend die Anhänger der Union, mehrheitlich aber auch die Anhänger von SPD, Grünen und FDP.

Lediglich von den Anhängern der Linkspartei und insbesondere der AfD äußert eine deutliche Mehrheit, dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	52	40
Ost	46	48
West	53	38
Männer	52	40
Frauen	53	39
18- bis 29-Jährige	54	36
30- bis 44-Jährige	52	41
45- bis 59-Jährige	48	44
60 Jahre und älter	57	36
Anhänger der: CDU/CSU	74	18
SPD	57	36
Linke	23	66
Grünen	56	36
FDP	52	41
AfD	13	82

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 89 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 68 Prozent zufrieden. 51 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität zufrieden

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

44 Prozent sind zur Zeit mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte zufrieden, 43 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem.

40 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern und 35 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit zufrieden. Ebenfalls 35 Prozent sind mit der Integration von Zuwanderern und 32 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt %	Ost %	West %	Männer %	Frauen %	18-29-Jährige %	30-44-Jährige %	45-59-Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	89	80	90	90	87	93	89	87	87
Lage am Arbeitsmarkt	68	62	69	75	62	75	74	69	61
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	51	40	54	50	52	66	57	55	37
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	44	36	46	49	40	46	45	40	47
Schul- und Bildungssystem	43	33	45	45	41	53	47	38	38
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	40	33	42	40	41	40	42	40	40
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	31	36	37	33	43	39	29	30
Integration von Zuwanderern	35	27	36	32	37	46	32	31	32
Sicherung der Altersversorgung	32	32	31	34	30	26	31	22	40

Im Vergleich zur letzten Erhebung zeigen sich bei den meisten Lebens- und Problembereichen nur geringfügige Veränderungen.

Etwas zugenommen hat die Zufriedenheit mit dem Schul- und Bildungssystem (von 39 auf 43 Prozent) sowie die Zufriedenheit mit der Integration von Zuwanderern (von 31 auf 35 Prozent).

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015 %	2016				2017					
		I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	KW14 %	KW17 %	KW20 %	KW23 %	KW26 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	87	87	86	87	87	89
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	68	65	68	69	67	68
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	49	48	49	48	51
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	43	41	43	46	44
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	45	42	44	37	39	43
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	39	40	34	40	38	40
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	35	35	34	37	37	35
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	33	33	30	33	31	35
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	31	32	31	31	30	32

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird das Thema „Ehe für alle“ mit Abstand am häufigsten (28 %) genannt.

Das Thema Flüchtlinge wird mittlerweile nur noch von 11 Prozent genannt und damit weiterhin ähnlich häufig wie das Thema Rentenpolitik.

4 Prozent nennen das Thema Ausländer bzw. Integration und jeweils 3 Prozent die Themen Steuerpolitik und die Schul- bzw. Bildungspolitik.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016				2017					
	I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	KW14	KW17	KW20	KW23	KW26
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
„Home-Ehe“, „Ehe für alle“	0	0	0	0	0	1	0	0	0	28
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	21	14	14	12	9	11
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	4	4	4	3	8	9
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	6	4	6	5	4	4
Steuerpolitik/ Steuerentlastung	1	2	3	2	2	1	2	2	1	3
Bildungs-/Schulpolitik	0	0	0	0	1	3	2	5	3	3
Innere Sicherheit	1	1	3	1	8	2	4	6	4	2
Wahl Donald Trumps zum Präsidenten	0	0	0	0	5	2	3	1	2	2
Internetzensur und -überwachung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2
Verhältnis zur Türkei	0	1	5	2	5	3	3	3	5	2
Diskussion über Krise/Zukunft der EU	0	0	2	2	2	2	2	3	1	2
„Brexit“/ Folgen des „Brexit“	0	0	0	0	1	2	2	1	1	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	3. bis 7. Juli 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

61 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

37 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		_____ %	_____ %
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	KW 15	67	33
	KW 18	65	34
	KW 21	63	36
	KW 24	61	39
	KW 27	61	37

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden deutlich häufiger Sorgen als Männer und die Anhänger der Grünen häufiger als die Anhänger der anderen Parteien.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	61	37
Ost	70	30
West	60	39
Männer	53	46
Frauen	71	28
18- bis 29-Jährige	55	43
30- bis 44-Jährige	58	41
45- bis 59-Jährige	67	33
60 Jahre und älter	62	37
Anhänger der: CDU/CSU	64	35
SPD	67	33
Linke	60	40
Grünen	71	29
FDP	46	54
AfD	48	52

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden von den Bundesbürgern aktuell die USA (16 %), Syrien (13 %) und Asien (mit Nord-Korea) (13 %) sowie Asylbewerber (11 %) vergleichsweise am häufigsten genannt.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017					
	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	I. Quart. %	KW15 %	KW18 %	KW21 %	KW24 %	KW27 %
USA	2	4	6	12	21	14	16	12	16	16
Türkei	2	5	13	6	12	9	16	7	7	8
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	8	8	6	8	9	8
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	9	8	7	9	12	9
Syrien	20	15	15	21	14	28	18	9	8	13
Irak	2	2	2	2	1	1	2	1	1	2
Iran	2	1	1	1	1	1	1	1	1	2
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	8	6	6	8	11
Russland	6	8	9	11	7	8	9	4	6	6
Ukraine	4	6	5	5	4	3	5	2	2	3
Afrika	2	3	2	2	3	2	2	3	2	3
Asien	2	1	2	2	2	9	20	10	6	13
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	10	9	8	12	14	9
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	4	3	4	4	2
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	2	2	3	3
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	2	3	2	1	2	1	2
Finanz- /Bankenkrise	1	2	2	2	1	1	1	1	1	2
Atomkraft /-bombe	1	1	0	1	1	1	1	1	1	2
Armut	1	2	2	2	2	2	2	2	3	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Etwa ein Drittel (36 %) der Bundesbürger meint, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur eine Minderheit (8 %) spricht sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus, während die Mehrheit (53 %) der Meinung ist, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	I. Quartal	35	9	54
	KW 15	34	10	53
	KW 18	30	9	58
	KW 21	33	9	54
	KW 24	36	8	53
	KW 27	36	8	53
	Ost	39	11	48
	West	35	8	54
	18- bis 29-Jährige	34	9	54
	30- bis 44-Jährige	37	12	50
	45- bis 59-Jährige	36	9	52
	60 Jahre und älter	32	6	61
	Anhänger der: CDU/CSU	29	5	65
	SPD	41	4	54
	Linke	58	4	36
	Grünen	53	12	33
	FDP	28	7	65
	AfD	26	23	50

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

32 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 17 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

45 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Von den AfD-Anhängern meint eine Mehrheit, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt. Dass Deutschland umgekehrt zu wenig Rücksicht nehme, meinen überdurchschnittlich häufig die Anhänger der Linkspartei und der Grünen.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016 I. Quartal	42	15	37
II. Quartal	42	15	38
III. Quartal	42	17	37
IV. Quartal	41	15	39
2017 I. Quartal	39	15	43
KW 15	37	14	44
KW 18	36	13	47
KW 21	37	16	43
KW 24	36	14	45
KW 27	32	17	45
Ost	40	17	36
West	30	17	47
18- bis 29-Jährige	38	15	42
30- bis 44-Jährige	35	17	44
45- bis 59-Jährige	34	17	43
60 Jahre und älter	26	19	48
Anhänger der: CDU/CSU	28	10	58
SPD	31	17	50
Linke	26	39	31
Grünen	23	33	42
FDP	32	19	46
AfD	57	23	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	10. bis 14. Juli 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Unverändert 16 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser geht. 14 Prozent geben an, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (68 %) konstatiert unverändert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 I. Quartal	18	15	67
	KW 16	16	16	67
	KW 19	17	13	68
	KW 22	19	12	68
	KW 25	16	15	68
	KW 28	16	14	68
	Ost	16	16	68
	West	17	14	68
	Männer	20	14	65
	Frauen	13	14	71
	Haushaltsnettoeinkommen:			
	- unter € 1.500	10	24	65
	- € 1.500 bis unter € 3.000	15	16	68
	- € 3.000 oder mehr	22	9	69

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 22 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 12 Prozent mit einer Verschlechterung.

65 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

	Es erwarten eine		
	Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt: 2015	22	15	62
2016 I. Quartal	21	15	63
II. Quartal	22	13	64
III. Quartal	22	12	64
IV. Quartal	22	12	64
2017 I. Quartal	23	12	63
KW 16	24	12	63
KW 19	22	10	66
KW 22	23	10	67
KW 25	22	9	67
KW 28	22	12	65
Ost	21	16	60
West	22	11	66
Männer	22	12	65
Frauen	21	13	65
18- bis 29-Jährige	40	5	55
30- bis 44-Jährige	27	13	59
45- bis 59-Jährige	20	13	67
60 Jahre und älter	9	15	75
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	23	19	57
- € 1.500 bis unter € 3.000	19	14	66
- € 3.000 oder mehr	24	8	68
Anhänger der: CDU/CSU	20	6	73
SPD	18	10	70
Linke	18	14	68
Grünen	24	13	64
FDP	21	15	63
AfD	11	27	62

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

47 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

43 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016 I. Quartal	54	38
	II. Quartal	53	38
	III. Quartal	52	40
	IV. Quartal	50	42
	2017 I. Quartal	50	42
	KW 16	50	43
	KW 19	52	41
	KW 22	56	37
	KW 25	48	43
	KW 28	47	43
Ost		41	52
West		48	42
Männer		50	41
Frauen		44	46
18- bis 29-Jährige		35	48
30- bis 44-Jährige		52	41
45- bis 59-Jährige		50	43
60 Jahre und älter		48	42
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		37	54
- € 1.500 bis unter € 3.000		50	42
- € 3.000 oder mehr		61	32
Anhänger der:			
CDU/CSU		52	38
SPD		45	45
Linke		59	35
Grünen		55	29
FDP		57	40
AfD		43	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

52 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

28 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 I. Quartal	50	31	17
KW 16	50	32	16
KW 19	50	30	18
KW 22	53	27	18
KW 25	54	25	17
KW 28	52	28	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen geben nur unter den Anhängern der AfD mehr Befragte an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt als umgekehrt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	52	28	17
Ost	45	34	18
West	53	27	17
Männer	54	24	19
Frauen	50	31	16
18- bis 29-Jährige	48	25	22
30- bis 44-Jährige	53	29	16
45- bis 59-Jährige	50	31	17
60 Jahre und älter	52	27	17
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	43	40	15
- € 1.500 bis unter € 3.000	48	28	21
- € 3.000 oder mehr	64	20	16
Anhänger der:			
CDU/CSU	65	19	14
SPD	48	32	17
Linke	42	37	21
Grünen	62	25	11
FDP	64	21	13
AfD	34	47	14

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.500 Befragte
Erhebungszeitraum:	17. bis 21. Juli 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

49 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

42 Prozent sind der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 I. Quartal	48	44
II. Quartal	52	40
KW 29	49	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen überwiegend die Anhänger der Union, mehrheitlich aber auch die Anhänger der Grünen, während die SPD-Anhänger in dieser Frage gespalten sind.

Unter den Anhängern der Linkspartei und insbesondere der AfD äußert eine deutliche Mehrheit, dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	49	42
Ost	45	45
West	49	42
Männer	48	44
Frauen	49	40
18- bis 29-Jährige	57	37
30- bis 44-Jährige	45	48
45- bis 59-Jährige	44	47
60 Jahre und älter	49	39
Anhänger der: CDU/CSU	66	23
SPD	47	47
Linke	23	70
Grünen	57	37
FDP	44	48
AfD	14	85

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 88 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 68 Prozent zufrieden. 52 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität zufrieden

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

44 Prozent sind zur Zeit mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte zufrieden, 43 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem.

38 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern und 37 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit zufrieden. Jeweils 33 Prozent sind mit der Integration von Zuwanderern bzw. mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt %	Ost %	West %	Männer %	Frauen %	18-29-Jährige %	30-44-Jährige %	45-59-Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	88	84	88	90	86	94	88	83	86
Lage am Arbeitsmarkt	68	63	69	71	64	75	75	65	62
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	52	45	53	53	51	71	58	54	34
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	44	40	45	48	40	50	39	40	48
Schul- und Bildungssystem	43	32	45	45	41	55	44	39	36
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	38	37	38	40	37	42	39	32	38
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	37	28	39	40	34	43	32	33	37
Integration von Zuwanderern	33	29	33	33	32	38	33	31	28
Sicherung der Altersversorgung	33	37	32	34	32	39	25	25	43

Im Vergleich zu den Durchschnittswerten im letzten Quartal zeigen sich bei den meisten Lebens- und Problembereichen nur geringfügige Veränderungen.

Etwas zugenommen hat die Zufriedenheit mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (von 49 auf 52 Prozent).

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				2017		
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	II.Quart. %	KW29 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	87	87	88
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	68	67	68
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	49	52
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	43	44
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	45	41	43
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	39	38	38
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	35	36	37
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	33	32	33
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	31	31	33

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird das Thema „Ehe für alle“ vergleichsweise am häufigsten (15 %) genannt.

Das Thema Flüchtlinge wird mittlerweile nur noch von 11 Prozent genannt. 7 Prozent nennen den G20-Gipfel in Hamburg und 6 Prozent das Verhältnis zur Türkei.

Jeweils 4 Prozent nennen die Themen Ausländer bzw. Integration und Rentenpolitik und jeweils 3 Prozent die Themen Schul- bzw. Bildungspolitik und die Innere Sicherheit.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016				2017		
	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	II.Quart. %	KW29 %
„Home-Ehe“, „Ehe für alle“	0	0	0	0	0	6	15
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	21	12	11
G20-Gipfel in Hamburg	-	-	-	-	-	0	7
Verhältnis zur Türkei	0	1	5	2	5	3	6
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	6	5	4
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	4	6	4
Bildungs-/Schulpolitik	0	0	0	0	1	3	3
Innere Sicherheit	1	1	3	1	8	4	3
Steuerpolitik/ Steuerentlastung	1	2	3	2	2	2	2
Internetzensur und -überwachung	-	-	-	-	-	0	2
Diskussion über Krise/Zukunft der EU	0	0	2	2	2	2	2
Wahl Donald Trumps zum Präsidenten	0	0	0	0	5	2	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	24. bis 28. Juli 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

63 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

37 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		<u> %</u>	<u> %</u>
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	KW 30	63	37

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden deutlich häufiger Sorgen als Männer und die Anhänger der AfD häufiger als die Anhänger der anderen Parteien.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
	<u> %</u>	<u> %</u>
insgesamt	63	37
Ost	69	31
West	62	38
Männer	54	46
Frauen	71	28
18- bis 29-Jährige	50	49
30- bis 44-Jährige	68	32
45- bis 59-Jährige	65	34
60 Jahre und älter	67	32
Anhänger der: CDU/CSU	64	35
SPD	65	35
Linke	67	33
Grünen	63	35
FDP	67	32
AfD	78	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden von den Bundesbürgern aktuell die Türkei (20 %), die USA (13 %), Syrien (12 %) sowie Asylbewerber (12 %) vergleichsweise am häufigsten genannt.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017		
	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	I. Quart. %	II. Quart. %	KW30 %
USA	2	4	6	12	21	15	13
Türkei	2	5	13	6	12	9	20
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	8	8	6
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	9	9	10
Syrien	20	15	15	21	14	15	12
Irak	2	2	2	2	1	1	2
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	8	12
Russland	6	8	9	11	7	7	6
Ukraine	4	6	5	5	4	3	2
Afrika	2	3	2	2	3	2	3
Asien	2	1	2	2	2	12	8
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	10	10	9
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	3	3
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	4
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	2	3	2	2
Armut	1	2	2	2	2	2	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Etwa ein Drittel (35 %) der Bundesbürger meint, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur eine Minderheit (9 %) spricht sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus.

Mehr als die Hälfte (53 %) ist der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	I. Quartal	35	9	54
	II. Quartal	34	9	54
	KW 30	35	9	53
	Ost	35	12	48
	West	35	9	53
	18- bis 29-Jährige	39	8	50
	30- bis 44-Jährige	37	13	49
	45- bis 59-Jährige	36	10	51
	60 Jahre und älter	32	7	58
	Anhänger der: CDU/CSU	34	4	62
	SPD	36	7	53
	Linke	49	8	41
	Grünen	45	5	49
	FDP	40	5	53
	AfD	25	30	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

37 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

42 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Von den AfD-Anhängern meint eine Mehrheit, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt. Dass Deutschland umgekehrt zu wenig Rücksicht nehme, meinen überdurchschnittlich häufig die Anhänger der Linkspartei.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016 I. Quartal	42	15	37
II. Quartal	42	15	38
III. Quartal	42	17	37
IV. Quartal	41	15	39
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
KW 30	37	16	42
Ost	44	13	39
West	36	16	43
18- bis 29-Jährige	37	18	44
30- bis 44-Jährige	42	15	36
45- bis 59-Jährige	39	14	41
60 Jahre und älter	35	17	44
Anhänger der: CDU/CSU	35	10	52
SPD	39	14	44
Linke	30	30	33
Grünen	24	26	50
FDP	40	18	39
AfD	59	25	11

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	31. Juli bis 4. August 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Unverändert 16 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser geht. Ebenfalls 16 Prozent geben an, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (66 %) konstatiert wie bereits in der letzten Erhebung keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	KW 28	16	14	68
	KW 31	16	16	66
Ost		16	15	69
West		16	17	66
Männer		19	16	65
Frauen		14	17	68
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	12	27	60
	- € 1.500 bis unter € 3.000	12	20	68
	- € 3.000 oder mehr	24	11	65

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 23 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 11 Prozent mit einer Verschlechterung.

65 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

	Es erwarten eine		
	Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt: 2015	22	15	62
2016 I. Quartal	21	15	63
II. Quartal	22	13	64
III. Quartal	22	12	64
IV. Quartal	22	12	64
2017 I. Quartal	23	12	63
II. Quartal	23	10	66
KW 28	22	12	65
KW 31	23	11	65
Ost	21	10	68
West	23	11	65
Männer	24	12	63
Frauen	22	9	68
18- bis 29-Jährige	39	6	55
30- bis 44-Jährige	33	9	58
45- bis 59-Jährige	19	16	64
60 Jahre und älter	11	11	76
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	24	15	59
- € 1.500 bis unter € 3.000	22	13	64
- € 3.000 oder mehr	22	8	70
Anhänger der: CDU/CSU	21	9	69
SPD	24	5	70
Linke	24	16	60
Grünen	21	7	72
FDP	26	9	65
AfD	11	24	64

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

50 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

40 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja	nein *)
		%	%
insgesamt:	2015	52	40
	2016 I. Quartal	54	38
	II. Quartal	53	38
	III. Quartal	52	40
	IV. Quartal	50	42
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	KW 28	47	43
	KW 31	50	40
Ost		44	46
West		51	39
Männer		53	39
Frauen		47	42
18- bis 29-Jährige		41	46
30- bis 44-Jährige		56	37
45- bis 59-Jährige		52	40
60 Jahre und älter		52	39
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		32	59
- € 1.500 bis unter € 3.000		48	42
- € 3.000 oder mehr		65	29
Anhänger der:			
CDU/CSU		62	31
SPD		50	39
Linke		40	45
Grünen		52	40
FDP		66	31
AfD		43	49

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

50 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

28 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
KW 28	52	28	17
KW 31	50	28	20

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen geben nur unter den Anhängern der AfD mehr Befragte an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt als umgekehrt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	50	28	20
Ost	47	32	18
West	50	27	20
Männer	54	27	17
Frauen	46	29	22
18- bis 29-Jährige	51	28	20
30- bis 44-Jährige	51	27	19
45- bis 59-Jährige	44	36	17
60 Jahre und älter	52	22	24
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	33	40	23
- € 1.500 bis unter € 3.000	48	32	19
- € 3.000 oder mehr	59	22	17
Anhänger der:			
CDU/CSU	63	19	16
SPD	48	31	19
Linke	30	34	28
Grünen	55	23	22
FDP	62	19	19
AfD	30	59	11

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	7. bis 11. August 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

51 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

41 Prozent sind der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 I. Quartal	48	44
II. Quartal	52	40
KW 29	49	42
KW 32	51	41

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen überwiegend die Anhänger der Union, mehrheitlich aber auch die Anhänger der Grünen und der FDP.

Unter den Anhängern der Linkspartei und insbesondere der AfD äußert eine deutliche Mehrheit, dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	51	41
Ost	47	43
West	51	41
Männer	53	42
Frauen	49	41
18- bis 29-Jährige	59	36
30- bis 44-Jährige	49	46
45- bis 59-Jährige	48	45
60 Jahre und älter	49	40
Anhänger der: CDU/CSU	68	24
SPD	49	44
Linke	26	67
Grünen	58	36
FDP	59	33
AfD	19	79

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 87 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 68 Prozent zufrieden. 51 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität zufrieden

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

Jeweils 43 Prozent sind zurzeit mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte bzw. mit dem Schul- und Bildungssystem zufrieden.

37 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern und jeweils 33 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit bzw. mit der Integration von Zuwanderern zufrieden. 30 Prozent sind mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt %	Ost %	West %	Männer %	Frauen %	18-29-Jährige %	30-44-Jährige %	45-59-Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	87	81	88	90	84	92	87	86	85
Lage am Arbeitsmarkt	68	61	69	74	62	68	72	68	63
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	51	43	53	54	48	68	58	49	39
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	31	45	47	38	56	37	39	39
Schul- und Bildungssystem	43	30	45	46	40	62	36	39	39
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	37	30	39	40	34	38	42	36	33
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	33	26	35	37	30	44	34	28	31
Integration von Zuwanderern	33	25	35	36	31	54	29	28	27
Sicherung der Altersversorgung	30	33	30	32	29	27	23	25	39

Im Vergleich zu den Durchschnittswerten im letzten Quartal zeigen sich bei den meisten Lebens- und Problembereichen nur geringfügige Veränderungen.

Etwas abgenommen hat die Zufriedenheit mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit (von 37 auf 33 Prozent).

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016		2017					
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	II.Quart. %	KW29 %	KW32 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	87	87	88	87
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	68	67	68	68
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	49	52	51
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	43	44	43
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	45	41	43	43
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	39	38	38	37
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	35	36	37	33
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	33	32	33	33
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	31	31	33	30

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird das Thema „Diesel-Skandal“ vergleichsweise am häufigsten (17 %) genannt.

Das Thema Flüchtlinge wird mittlerweile nur noch von 12 Prozent genannt. 9 Prozent nennen die Ehe für alle und 4 Prozent die Rentenpolitik.

3 Prozent nennen das Themen Ausländer bzw. Integration und jeweils 2 Prozent nennen noch die Themen Verhältnis zur Türkei, die Schul- bzw. Bildungspolitik, die Umweltpolitik und die Innere Sicherheit.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016				2017			
	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	II.Quart. %	KW29 %	KW30 %
Diesel-Skandal	-	-	-	-	-	-	-	17
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	21	12	11	12
„Home-Ehe“, „Ehe für alle“	0	0	0	0	0	6	15	9
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	4	6	4	4
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	6	5	4	3
Verhältnis zur Türkei	0	1	5	2	5	3	6	2
Bildungs-/Schulpolitik	0	0	0	0	1	3	3	2
Umweltpolitik	1	1	0	1	1	1	1	2
Innere Sicherheit	1	1	3	1	8	4	3	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	14. bis 18. August 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

62 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

37 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		<u> %</u>	<u> %</u>
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	KW 30	63	37
	KW 33	62	37

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und die Anhänger der Linkspartei tendenziell etwas öfter als die Anhänger der anderen Parteien.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
	<u> %</u>	<u> %</u>
insgesamt	62	37
Ost	65	33
West	61	38
Männer	53	47
Frauen	72	27
18- bis 29-Jährige	52	48
30- bis 44-Jährige	63	36
45- bis 59-Jährige	67	33
60 Jahre und älter	67	33
Anhänger der: CDU/CSU	62	37
SPD	64	35
Linke	72	27
Grünen	58	42
FDP	58	42
AfD	66	34

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden von den Bundesbürgern aktuell Asien (30 %), die USA (18 %) sowie Asylbewerber (13 %) vergleichsweise am häufigsten genannt.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017			
	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.	IV. Quart.	I. Quart.	II. Quart.	KW30	KW33
	%	%	%	%	%	%	%	%
USA	2	4	6	12	21	15	13	18
Türkei	2	5	13	6	12	9	20	8
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	8	8	6	4
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	9	9	10	5
Syrien	20	15	15	21	14	15	12	6
Irak	2	2	2	2	1	1	2	
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	8	12	13
Russland	6	8	9	11	7	7	6	4
Ukraine	4	6	5	5	4	3	2	2
Afrika	2	3	2	2	3	2	3	4
Asien	2	1	2	2	2	12	8	30
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	10	10	9	8
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	3	3	2
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	4	3
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	2	3	2	2	2
Armut	1	2	2	2	2	2	2	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Etwa ein Drittel (32 %) der Bundesbürger meint, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur eine Minderheit (11 %) spricht sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus.

Mehr als die Hälfte (55 %) ist der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	I. Quartal	35	9	54
	II. Quartal	34	9	54
	KW 30	35	9	53
	KW 33	32	11	55
	Ost	27	13	56
	West	33	10	55
	18- bis 29-Jährige	41	7	50
	30- bis 44-Jährige	31	13	54
	45- bis 59-Jährige	32	13	52
	60 Jahre und älter	30	9	60
	Anhänger der: CDU/CSU	27	7	64
	SPD	42	6	51
	Linke	41	20	38
	Grünen	50	5	44
	FDP	39	7	52
	AfD	12	37	47

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

37 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

43 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Von den AfD-Anhängern meint eine Mehrheit, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt. Dass Deutschland umgekehrt zu wenig Rücksicht nehme, meinen überdurchschnittlich häufig die Anhänger der Linkspartei.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016 I. Quartal	42	15	37
II. Quartal	42	15	38
III. Quartal	42	17	37
IV. Quartal	41	15	39
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
KW 30	37	16	42
KW 33	37	16	43
Ost	45	17	33
West	36	15	45
18- bis 29-Jährige	37	14	44
30- bis 44-Jährige	40	17	40
45- bis 59-Jährige	41	15	41
60 Jahre und älter	34	17	45
Anhänger der: CDU/CSU	34	10	54
SPD	40	18	38
Linke	25	40	30
Grünen	21	21	56
FDP	31	15	54
AfD	71	12	15

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	21. bis 25. August 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

18 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser geht. 15 Prozent geben an, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (66 %) konstatiert wie bereits in der letzten Erhebung keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	KW 28	16	14	68
	KW 31	16	16	66
	KW 34	18	15	66
Ost		17	13	70
West		18	16	66
Männer		19	15	65
Frauen		17	15	68
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	11	28	61
	- € 1.500 bis unter € 3.000	17	15	67
	- € 3.000 oder mehr	24	11	65

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 25 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 11 Prozent mit einer Verschlechterung.

62 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung	Verschlech- terung	keine Ver- änderung *)
		%	%	%
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016 I. Quartal	21	15	63
	II. Quartal	22	13	64
	III. Quartal	22	12	64
	IV. Quartal	22	12	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	KW 28	22	12	65
	KW 31	23	11	65
	KW 34	25	11	62
	Ost	20	10	68
	West	26	11	61
	Männer	27	12	60
	Frauen	23	10	64
	18- bis 29-Jährige	46	8	46
	30- bis 44-Jährige	40	10	50
	45- bis 59-Jährige	20	14	64
	60 Jahre und älter	9	12	76
	Haushaltsnettoeinkommen:			
	- unter € 1.500	29	14	55
	- € 1.500 bis unter € 3.000	28	11	60
	- € 3.000 oder mehr	27	10	63
	Anhänger der:			
	CDU/CSU	24	6	69
	SPD	27	11	60
	Linke	27	13	58
	Grünen	18	10	71
	FDP	19	11	70
	AfD	24	25	49

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

50 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

41 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja	nein *)
		<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt:	2015	52	40
	2016 I. Quartal	54	38
	II. Quartal	53	38
	III. Quartal	52	40
	IV. Quartal	50	42
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	KW 28	47	43
	KW 31	50	40
	KW 34	50	41
	Ost	46	48
	West	51	40
	Männer	51	41
	Frauen	49	41
	18- bis 29-Jährige	58	36
	30- bis 44-Jährige	58	34
	45- bis 59-Jährige	51	41
	60 Jahre und älter	44	45
	Haushaltsnettoeinkommen:		
	- unter € 1.500	30	59
	- € 1.500 bis unter € 3.000	47	45
	- € 3.000 oder mehr	66	28
	Anhänger der:		
	CDU/CSU	60	33
	SPD	52	41
	Linke	35	54
	Grünen	60	32
	FDP	66	27
	AfD	51	41

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

49 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

30 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schie- *) dlich %
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
KW 28	52	28	17
KW 31	50	28	20
KW 34	49	30	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen geben nur unter den Anhängern der Linkspartei sowie der AfD mehr Befragte an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt als umgekehrt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	49	30	19
Ost	46	33	21
West	49	30	18
Männer	52	27	18
Frauen	42	33	19
18- bis 29-Jährige	52	28	14
30- bis 44-Jährige	50	31	17
45- bis 59-Jährige	47	33	20
60 Jahre und älter	44	30	23
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	39	37	19
- € 1.500 bis unter € 3.000	44	33	20
- € 3.000 oder mehr	58	28	13
Anhänger der:			
CDU/CSU	57	24	17
SPD	54	25	19
Linke	37	49	14
Grünen	54	25	20
FDP	60	24	12
AfD	38	43	18

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.500 Befragte
Erhebungszeitraum:	28. August bis 1. September 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Unverändert 51 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

Deutlich weniger - 38 Prozent - sind zur Zeit der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 I. Quartal	48	44
II. Quartal	52	40
KW 29	49	42
KW 32	51	41
KW 35	51	38

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland nicht in die richtige Richtung entwickeln, meint derzeit nur eine Mehrheit der Anhänger der Linkspartei und vor allem der AfD.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	51	38
Ost	46	45
West	52	37
Männer	51	39
Frauen	51	38
18- bis 29-Jährige	57	39
30- bis 44-Jährige	52	37
45- bis 59-Jährige	48	42
60 Jahre und älter	50	37
Anhänger der: CDU/CSU	74	19
SPD	55	34
Linke	29	63
Grünen	52	37
FDP	52	39
AfD	15	76

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 87 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 67 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

49 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität, 40 Prozent mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und 39 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem zufrieden.

36 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern, 34 Prozent mit der Integration von Zuwanderern, 33 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit und nur 31 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen	18-29-Jährige	30-44-Jährige	45-59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Lebensqualität in Deutschland	87	79	89	89	85	94	87	86	86
Lage am Arbeitsmarkt	67	63	68	71	63	68	71	68	60
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	49	42	50	51	47	63	53	49	40
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	40	35	41	42	40	47	40	35	41
Schul- und Bildungssystem	39	26	41	38	39	54	39	33	32
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	36	28	38	39	34	48	36	35	33
Integration von Zuwanderern	34	28	35	34	33	43	35	30	30
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	33	28	34	37	29	36	34	34	28
Sicherung der Altersversorgung	31	29	31	31	31	25	28	26	37

Im Vergleich zur letzten Erhebung im August zeigen sich bei fast allen Lebens- und Problembereichen kaum Veränderungen.

Etwas abgenommen hat – möglicherweise auch befördert durch die Diskussion über das Thema im Wahlkampf und den Beginn des Schuljahres – die Zufriedenheit mit dem Schul- und Bildungssystem.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				2017				
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	II.Quart. %	KW29 %	KW32 %	KW35 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	87	87	88	87	87
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	68	67	68	68	67
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	49	52	51	49
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	43	44	43	40
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	45	41	43	43	39
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	39	38	38	37	36
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	33	32	33	33	34
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	35	36	37	33	33
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	31	31	33	30	31

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird das Flüchtlinge mit 17 Prozent wieder etwas häufiger genannt und liegt damit leicht vor dem „Diesel-Skandal“ mit 13 Prozent.

6 Prozent nennen aktuell (auch) das Thema Bildung bzw. Bildungspolitik, 5 Prozent die Integration von Zuwanderern allgemein und jeweils 4 Prozent die Themen „Ehe für alle“ und die Rentenpolitik.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016				2017				
	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	II.Quart. %	KW29 %	KW32 %	KW35 %
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	21	12	11	12	17
Diesel-Skandal	-	-	-	-	-	-	-	17	13
Bildungs-/Schulpolitik	0	0	0	0	1	3	3	2	6
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	6	5	4	3	5
„Home-Ehe“, „Ehe für alle“	0	0	0	0	0	6	15	9	4
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	4	6	4	4	4
Verhältnis zur Türkei	0	1	5	2	5	3	6	2	3
Innere Sicherheit	1	1	3	1	8	4	3	2	3
Umweltpolitik (allg.)	1	1	0	1	1	1	1	2	2
Bundestagswahl/ Wahlkampf	0	0	0	0	0	0	1	1	2
PKW-Maut	0	0	0	6	5	17	1	1	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	4. bis 8. September 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

66 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

34 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		_____ %	_____ %
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	KW 30	63	37
	KW 33	62	37
	KW 36	66	34

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und die Anhänger der Linkspartei und der AfD tendenziell etwas häufiger als die Anhänger der anderen Parteien.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt	66	34
Ost	72	27
West	64	35
Männer	57	43
Frauen	74	25
18- bis 29-Jährige	64	35
30- bis 44-Jährige	62	37
45- bis 59-Jährige	70	30
60 Jahre und älter	70	30
Anhänger der: CDU/CSU	67	33
SPD	64	35
Linke	71	29
Grünen	64	36
FDP	67	33
AfD	71	29

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, wird von den Bundesbürgern aktuell Asien mit dem Konflikt um Nord-Korea (35 %) mit Abstand am häufigsten genannt.

Deutlich dahinter folgen die USA (13 %) sowie die Türkei (12 %) und das Thema Asylbewerber bzw. Flüchtlinge (11 %).

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017			KW30	KW33	KW36
	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.	IV. Quart.	I. Quart.	II. Quart.				
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	
USA	2	4	6	12	21	15	13	18	13	
Türkei	2	5	13	6	12	9	20	8	12	
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	8	8	6	4	4	
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	9	9	10	5	4	
Syrien	20	15	15	21	14	15	12	6	7	
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	8	12	13	11	
Russland	6	8	9	11	7	7	6	4	5	
Ukraine	4	6	5	5	4	3	2	2	2	
Afrika	2	3	2	2	3	2	3	4	3	
Asien	2	1	2	2	2	12	8	30	35	
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	10	10	9	8	7	
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	3	3	2	2	
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	4	3	3	
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	2	3	2	2	2	2	
Atomkraft, -bombe	1	1	0	1	1	1	1	1	3	

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

37 Prozent der Bundesbürger (und damit mehr als noch im August) meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur eine Minderheit (9 %) spricht sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus.

Die Hälfte (51 %) ist der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	I. Quartal	35	9	54
	II. Quartal	34	9	54
	KW 30	35	9	53
	KW 33	32	11	55
	KW 36	37	9	51
	Ost	36	16	43
	West	37	8	53
	18- bis 29-Jährige	36	16	47
	30- bis 44-Jährige	40	12	44
	45- bis 59-Jährige	36	7	56
	60 Jahre und älter	34	8	53
	Anhänger der: CDU/CSU	37	4	58
	SPD	39	6	54
	Linke	48	14	35
	Grünen	46	5	47
	FDP	36	6	56
	AfD	18	30	45

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

35 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 15 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

45 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Von den AfD-Anhängern meint eine deutliche Mehrheit, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt. Dass Deutschland umgekehrt zu wenig Rücksicht nehme, meinen überdurchschnittlich häufig die Anhänger der Linkspartei.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht	zu wenig Rücksicht	verhält sich *) genau richtig
		%	%	%
2015		40	15	41
2016	I. Quartal	42	15	37
	II. Quartal	42	15	38
	III. Quartal	42	17	37
	IV. Quartal	41	15	39
2017	I. Quartal	39	15	43
	II. Quartal	36	15	45
	KW 30	37	16	42
	KW 33	37	16	43
	KW 36	35	15	45
	Ost	37	21	35
	West	35	14	47
	18- bis 29-Jährige	40	16	42
	30- bis 44-Jährige	35	15	45
	45- bis 59-Jährige	38	12	45
	60 Jahre und älter	33	19	43
	Anhänger der: CDU/CSU	30	7	61
	SPD	33	17	48
	Linke	30	30	28
	Grünen	25	20	52
	FDP	35	10	52
	AfD	69	16	9

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	11. bis 15. September 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

20 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 13 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (66 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	KW 28	16	14	68
	KW 31	16	16	66
	KW 34	18	15	66
	KW 37	20	13	66
Ost		19	16	64
West		20	12	66
Männer		24	11	65
Frauen		17	15	68
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	13	22	64
	- € 1.500 bis unter € 3.000	18	16	65
	- € 3.000 oder mehr	26	7	67

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 25 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 10 Prozent mit einer Verschlechterung.

63 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

	Es erwarten eine		
	Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- änderung % *)
insgesamt: 2015	22	15	62
2016 I. Quartal	21	15	63
II. Quartal	22	13	64
III. Quartal	22	12	64
IV. Quartal	22	12	64
2017 I. Quartal	23	12	63
II. Quartal	23	10	66
KW 28	22	12	65
KW 31	23	11	65
KW 34	25	11	62
KW 37	25	10	63
Ost	23	14	62
West	26	10	63
Männer	27	9	62
Frauen	24	11	64
18- bis 29-Jährige	44	7	48
30- bis 44-Jährige	35	6	59
45- bis 59-Jährige	21	12	65
60 Jahre und älter	10	14	74
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	27	17	55
- € 1.500 bis unter € 3.000	26	10	63
- € 3.000 oder mehr	23	7	69
Anhänger der: CDU/CSU	23	5	70
SPD	25	10	63
Linke	22	16	60
Grünen	22	8	70
FDP	29	13	58
AfD	21	16	63

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

48 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

43 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016 I. Quartal	54	38
	II. Quartal	53	38
	III. Quartal	52	40
	IV. Quartal	50	42
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	KW 28	47	43
	KW 31	50	40
	KW 34	50	41
	KW 37	48	43
	Ost	46	42
	West	48	43
	Männer	51	41
	Frauen	45	44
	18- bis 29-Jährige	44	44
	30- bis 44-Jährige	51	41
	45- bis 59-Jährige	55	37
	60 Jahre und älter	45	45
	Haushaltsnettoeinkommen:		
	- unter € 1.500	28	56
	- € 1.500 bis unter € 3.000	49	46
	- € 3.000 oder mehr	60	33
	Anhänger der:		
	CDU/CSU	52	41
	SPD	53	42
	Linke	51	38
	Grünen	56	36
	FDP	56	35
	AfD	42	46

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

52 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

28 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schie- *) dlich %
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
KW 28	52	28	17
KW 31	50	28	20
KW 34	49	30	19
KW 37	52	28	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen geben nur unter den Anhängern der AfD mehr Befragte an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt als umgekehrt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	52	28	19
Ost	46	29	23
West	53	28	18
Männer	57	23	19
Frauen	47	33	18
18- bis 29-Jährige	54	25	19
30- bis 44-Jährige	51	29	19
45- bis 59-Jährige	49	31	18
60 Jahre und älter	51	28	19
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	45	35	16
- € 1.500 bis unter € 3.000	47	31	22
- € 3.000 oder mehr	60	24	15
Anhänger der:			
CDU/CSU	65	20	14
SPD	52	27	20
Linke	50	31	17
Grünen	54	27	15
FDP	57	28	13
AfD	28	49	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	18. bis 22. September 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Unverändert 51 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

Deutlich weniger - 38 Prozent - sind zur Zeit der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 I. Quartal	48	44
II. Quartal	52	40
KW 29	49	42
KW 32	51	41
KW 35	51	38
KW 38	51	38

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland nicht in die richtige Richtung entwickeln, meint derzeit nur eine Mehrheit der Anhänger der Linkspartei und vor allem der AfD.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	51	38
Ost	45	45
West	52	37
Männer	51	39
Frauen	51	38
18- bis 29-Jährige	56	33
30- bis 44-Jährige	56	36
45- bis 59-Jährige	44	44
60 Jahre und älter	49	40
Anhänger der: CDU/CSU	74	19
SPD	51	38
Linke	23	65
Grünen	62	25
FDP	64	29
AfD	6	87

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 87 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 67 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

49 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität, 43 Prozent mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und jeweils 37 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem bzw. mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zufrieden.

Jeweils 33 Prozent zeigen sich mit der Integration von Zuwanderern bzw. mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit und nur 28 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen	18-29-Jährige	30-44-Jährige	45-59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Lebensqualität in Deutschland	87	80	88	88	86	90	87	82	87
Lage am Arbeitsmarkt	67	66	67	73	61	76	73	68	59
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	49	37	51	49	48	67	56	46	34
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	31	45	44	41	52	40	39	42
Schul- und Bildungssystem	37	30	38	38	36	46	39	32	31
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	37	34	37	38	36	44	34	37	36
Integration von Zuwanderern	33	30	33	31	35	46	30	29	29
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	33	27	34	35	31	50	33	28	27
Sicherung der Altersversorgung	28	29	27	30	25	36	21	21	32

Im Vergleich zur letzten Erhebung Ende August zeigen sich bei fast allen Lebens- und Problembereichen kaum Veränderungen.

Etwas zugenommen hat die Zufriedenheit mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Etwas abgenommen hat hingegen die Zufriedenheit mit der Sicherung der Altersversorgung.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				2017				KW29	KW32	KW35	KW38
	%	I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	II.Quart.	%	%				
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	87	87	88	87	87	87	87	
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	68	67	68	68	67	67	67	
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	49	52	51	49	49	49	
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	43	44	43	40	43	43	
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	45	41	43	43	39	37	37	
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	39	38	38	37	36	37	37	
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	33	32	33	33	34	33	33	
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	35	36	37	33	33	33	33	
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	31	31	33	30	31	28	28	

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird das Thema Flüchtlinge mit 16 Prozent genannt und liegt damit leicht vor Rentenpolitik mit 12 Prozent.

7 Prozent (und damit deutlich seltener als in der letzten Erhebung) das Thema „Diesel-Skandal“ und jeweils 6 Prozent aktuell (auch) die Themen Integration, Bildung bzw. Bildungspolitik.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016				2017					
	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	II.Quart. %	KW29 %	KW32 %	KW35 %	KW38 %
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	21	12	11	12	17	16
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	4	6	4	4	4	12
Diesel-Skandal	-	-	-	-	-	-	-	17	13	7
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	6	5	4	3	5	6
Bildungs-/Schulpolitik	0	0	0	0	1	3	3	2	6	6
Bundestagswahl/ Wahlkampf	0	0	0	0	0	0	1	1	2	3
Innere Sicherheit	1	1	3	1	8	4	3	2	3	3
„Home-Ehe“, „Ehe für alle“	0	0	0	0	0	6	15	9	4	3
Gesundheitspolitik	0	0	0	0	1	1	0	1	0	3
„soziale Gerechtigkeit“	0	0	0	0	2	1	1	1	2	3
Umweltpolitik (allg.)	1	1	0	1	1	1	1	2	2	3
Verhältnis zur Türkei	0	1	5	2	5	3	6	2	3	2
Reform der Pflegeversicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Kinderbetreuung	0	0	0	0	0	1	0	0	0	2
Steuerpolitik/ Steuerentlastung	1	2	3	2	2	2	2	1	1	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	25. bis 29. September 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Unverändert 66 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

Ebenfalls unverändert machen sich 34 Prozent diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...

	(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
	%	%
insgesamt: 2015	60	40
2016 I. Quartal	63	37
II. Quartal	60	39
III. Quartal	61	38
IV. Quartal	61	38
2017 I. Quartal	61	39
II. Quartal	63	36
KW 30	63	37
KW 33	62	37
KW 36	66	34
KW 39	66	34

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere Befragte häufiger als jüngere Befragte.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	66	34
Ost	68	31
West	65	35
Männer	57	42
Frauen	73	26
18- bis 29-Jährige	54	46
30- bis 44-Jährige	65	35
45- bis 59-Jährige	70	30
60 Jahre und älter	71	28
Anhänger der: CDU/CSU	68	31
SPD	64	35
Linke	67	33
Grünen	65	35
FDP	59	41
AfD	66	33

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, wird von den Bundesbürgern aktuell Nord-Korea (38 %) mit Abstand am häufigsten genannt.

Deutlich dahinter folgen die USA (17 %) sowie das Thema Asylbewerber bzw. Flüchtlinge (9 %) und die Türkei (8 %).

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017				KW30	KW33	KW36	KW39
	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.	IV. Quart.	I. Quart.	II. Quart.						
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	
Asien (inkl. Nord-Korea)	2	1	2	2	2	12	8	30	35	0		
Nord-Korea	-	-	-	-	-	-	-	-	-	38		
USA	2	4	6	12	21	15	13	18	13	17		
Türkei	2	5	13	6	12	9	20	8	12	8		
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	8	8	6	4	4	4		
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	9	9	10	5	4	6		
Syrien	20	15	15	21	14	15	12	6	7	6		
Iran	2	1	1	1	1	1	1	0	1	2		
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	8	12	13	11	9		
Russland	6	8	9	11	7	7	6	4	5	4		
Ukraine	4	6	5	5	4	3	2	2	2	2		
Afrika	2	3	2	2	3	2	3	4	3	3		
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	10	10	9	8	7	6		
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	4	3	3	3		
Atomkraft, -bombe	1	1	0	1	1	1	1	1	3	2		
Armut	1	2	2	2	2	2	2	2	1	2		

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

39 Prozent der Bundesbürger (der bisher höchste Wert) meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur eine kleine Minderheit (7 %) spricht sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus.

Die Hälfte (51 %) ist der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	I. Quartal	35	9	54
	II. Quartal	34	9	54
	KW 30	35	9	53
	KW 33	32	11	55
	KW 36	37	9	51
	KW 39	39	7	51
	Ost	40	11	45
	West	38	6	52
	18- bis 29-Jährige	43	7	45
	30- bis 44-Jährige	37	11	48
	45- bis 59-Jährige	38	5	54
	60 Jahre und älter	37	5	55
	Anhänger der: CDU/CSU	33	2	62
	SPD	42	4	51
	Linke	48	9	39
	Grünen	48	3	47
	FDP	36	10	53
	AfD	37	15	47

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

34 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 15 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

45 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Von den AfD-Anhängern meint eine deutliche Mehrheit, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt. Dass Deutschland umgekehrt zu wenig Rücksicht nehme, meinen überdurchschnittlich häufig die Anhänger der Linkspartei.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015		40	15	41
2016	I. Quartal	42	15	37
	II. Quartal	42	15	38
	III. Quartal	42	17	37
	IV. Quartal	41	15	39
2017	I. Quartal	39	15	43
	II. Quartal	36	15	45
	KW 30	37	16	42
	KW 33	37	16	43
	KW 36	35	15	45
	KW 39	34	15	45
	Ost	37	13	43
	West	33	16	45
	18- bis 29-Jährige	38	12	49
	30- bis 44-Jährige	37	16	40
	45- bis 59-Jährige	36	18	41
	60 Jahre und älter	29	16	48
	Anhänger der: CDU/CSU	27	8	60
	SPD	29	14	52
	Linke	28	35	29
	Grünen	22	15	55
	FDP	42	19	35
	AfD	56	19	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	2. bis 6. Oktober 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

18 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 13 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (68 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	KW 40	18	13	68
Ost		20	12	66
West		18	13	68
Männer		21	13	66
Frauen		15	13	70
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	12	22	65
	- € 1.500 bis unter € 3.000	14	15	71
	- € 3.000 oder mehr	25	9	66

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 24 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 11 Prozent mit einer Verschlechterung.

63 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

	Es erwarten eine		
	Verbes- serung	Verschlech- terung	keine Ver- änderung *)
	%	%	%
insgesamt: 2015	22	15	62
2016 I. Quartal	21	15	63
II. Quartal	22	13	64
III. Quartal	22	12	64
IV. Quartal	22	12	64
2017 I. Quartal	23	12	63
II. Quartal	23	10	66
III. Quartal	24	11	67
KW 40	24	11	63
Ost	20	15	63
West	24	11	63
Männer	25	12	61
Frauen	22	11	66
18- bis 29-Jährige	44	4	52
30- bis 44-Jährige	32	12	54
45- bis 59-Jährige	21	16	61
60 Jahre und älter	9	11	78
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	21	11	66
- € 1.500 bis unter € 3.000	25	14	60
- € 3.000 oder mehr	22	11	66
Anhänger der: CDU/CSU	24	4	72
SPD	20	14	66
Linke	22	16	61
Grünen	24	8	68
FDP	26	10	62
AfD	20	26	52

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

49 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

42 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja	nein *)
		<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt:	2015	52	40
	2016 I. Quartal	54	38
	II. Quartal	53	38
	III. Quartal	52	40
	IV. Quartal	50	42
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	KW 40	49	42
Ost		46	47
West		49	41
Männer		53	39
Frauen		44	44
18- bis 29-Jährige		51	38
30- bis 44-Jährige		52	37
45- bis 59-Jährige		54	38
60 Jahre und älter		45	46
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		32	58
- € 1.500 bis unter € 3.000		44	47
- € 3.000 oder mehr		65	28
Anhänger der:	CDU/CSU	54	37
	SPD	49	43
	Linke	39	47
	Grünen	66	24
	FDP	54	39
	AfD	45	49

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

51 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

27 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
KW 40	51	27	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen geben nur unter den Anhängern der AfD mehr Befragte an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt als umgekehrt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	51	27	21
Ost	47	32	20
West	51	26	21
Männer	56	22	20
Frauen	46	31	22
18- bis 29-Jährige	55	17	26
30- bis 44-Jährige	52	32	16
45- bis 59-Jährige	54	28	18
60 Jahre und älter	47	27	24
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	37	35	28
- € 1.500 bis unter € 3.000	50	30	19
- € 3.000 oder mehr	61	21	17
Anhänger der:			
CDU/CSU	62	20	17
SPD	54	25	21
Linke	38	33	28
Grünen	60	21	18
FDP	54	24	21
AfD	39	42	15

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.508 Befragte
Erhebungszeitraum:	9. bis 13. Oktober 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

49 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

42 Prozent sind zur Zeit der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 I. Quartal	48	44
II. Quartal	52	40
III. Quartal	51	40
KW 41	49	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland nicht in die richtige Richtung entwickeln, meint derzeit nur eine Mehrheit der Anhänger der Linkspartei und vor allem der AfD.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	49	42
Ost	42	46
West	50	41
Männer	50	42
Frauen	49	41
18- bis 29-Jährige	56	35
30- bis 44-Jährige	45	47
45- bis 59-Jährige	46	45
60 Jahre und älter	49	42
Anhänger der: CDU/CSU	69	22
SPD	49	41
Linke	29	62
Grünen	57	36
FDP	53	37
AfD	7	92

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 87 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 68 Prozent und mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität 51 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

41 Prozent sind mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 38 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und 37 Prozent mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zufrieden.

32 Prozent zeigen sich mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit, 29 Prozent mit der Integration von Zuwanderern und nur 28 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen	18-29-Jährige	30-44-Jährige	45-59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Lebensqualität in Deutschland	87	83	88	89	85	91	87	83	88
Lage am Arbeitsmarkt	68	65	69	75	62	74	76	67	63
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	51	38	53	52	49	66	50	53	39
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	41	33	42	43	38	50	36	39	41
Schul- und Bildungssystem	38	26	40	39	37	49	38	34	30
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	37	27	39	39	35	42	36	37	35
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	32	20	34	34	30	41	28	26	32
Integration von Zuwanderern	29	16	32	29	30	39	26	29	25
Sicherung der Altersversorgung	28	25	28	29	26	22	22	19	37

Im Vergleich zu den Erhebungen im letzten Quartal zeigen sich bei fast allen Lebens- und Problembereichen kaum Veränderungen.

Tendenziell etwas abgenommen hat die Zufriedenheit mit der Integration von Zuwanderern, mit dem Schul- und Bildungssystem sowie mit der Sicherung der Altersvorsorge.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				2017			
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	KW41 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	87	87	87	87
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	68	67	68	68
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	49	50	51
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	43	43	41
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	45	41	41	38
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	39	38	37	37
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	35	36	34	32
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	33	32	33	29
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	31	31	31	28

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird das Thema Flüchtlinge mit 18 Prozent genannt. 10 Prozent nennen konkret das derzeit wieder stärker diskutierte Thema Obergrenze für Flüchtlinge und 6 Prozent das Thema Ausländer bzw. Integration allgemein.

Ebenfalls 6 Prozent nennen das Thema Koalitionsverhandlungen bzw. Regierungsbildung, 5 Prozent die Bildungspolitik, 4 Prozent die Rentenpolitik und 3 Prozent das Thema Homo-Ehe.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016				2017			
	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	KW41 %
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	21	12	14	18
Obergrenze für Flüchtlinge	2	0	0	1	1	0	1	10
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	6	5	5	6
Koalitionsverhandlungen	-	-	-	-	-	-	-	6
Bildungs-/Schulpolitik	0	0	0	0	1	3	4	5
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	4	6	6	4
„Home-Ehe“, „Ehe für alle“	0	0	0	0	0	6	8	3
PKW-Maut	0	0	0	6	5	17	1	2
Gesundheitspolitik	0	0	0	0	1	1	1	2
Diesel-Skandal	-	-	-	-	-	-	9	2
Bundestagswahl/ Wahlkampf	0	0	0	0	0	0	2	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	16. bis 20. Oktober 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

63 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

37 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		<u> </u> %	<u> </u> %
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	KW 42	63	37

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere Befragte häufiger als jüngere Befragte.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	63	37
Ost	66	33
West	62	38
Männer	55	45
Frauen	70	28
18- bis 29-Jährige	56	44
30- bis 44-Jährige	57	42
45- bis 59-Jährige	67	33
60 Jahre und älter	73	27
Anhänger der: CDU/CSU	65	34
SPD	71	29
Linke	64	36
Grünen	66	34
FDP	56	44
AfD	64	35

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, wird von den Bundesbürgern aktuell Nord-Korea und dessen Atomprogramm (32 %) mit Abstand am häufigsten genannt.

Deutlich dahinter folgen die USA (18 %) sowie das Thema Asylbewerber bzw. Flüchtlinge (9 %) und die Türkei (9 %) – beide allerdings mit rückläufiger Tendenz.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017			
	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	KW42 %
Nord-Korea	-	-	-	-	-	-	10	32
USA	2	4	6	12	21	15	15	18
Türkei	2	5	13	6	12	9	12	9
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	8	8	5	5
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	9	9	6	7
Syrien	20	15	15	21	14	15	8	6
Iran	2	1	1	1	1	1	1	4
Irak	2	2	2	2	1	1	1	2
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	8	11	9
Russland	6	8	9	11	7	7	5	3
Ukraine	4	6	5	5	4	3	2	2
Afrika	2	3	2	2	3	2	3	2
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	10	10	8	6
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	3	2	2
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	3	3
Atomkraft, -bombe	1	1	0	1	1	1	2	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

36 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur eine kleine Minderheit (9 %) spricht sich für eine größere Zurückhaltung Deutschlands aus.

Die Hälfte (53 %) ist der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	I. Quartal	35	9	54
	II. Quartal	34	9	54
	III. Quartal	36	9	53
	KW 42	36	9	53
	Ost	33	13	51
	West	36	9	53
	18- bis 29-Jährige	38	9	52
	30- bis 44-Jährige	40	13	46
	45- bis 59-Jährige	38	8	52
	60 Jahre und älter	29	8	60
	Anhänger der: CDU/CSU	35	6	58
	SPD	43	4	52
	Linke	46	13	40
	Grünen	45	6	48
	FDP	33	8	58
	AfD	22	19	56

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

37 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

44 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Von den AfD-Anhängern meint eine deutliche Mehrheit, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt. Dass Deutschland umgekehrt zu wenig Rücksicht nehme, meinen überdurchschnittlich häufig die Anhänger der Linkspartei.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015		40	15	41
2016	I. Quartal	42	15	37
	II. Quartal	42	15	38
	III. Quartal	42	17	37
	IV. Quartal	41	15	39
2017	I. Quartal	39	15	43
	II. Quartal	36	15	45
	III. Quartal	36	16	44
	KW42	37	16	44
	Ost	47	13	34
	West	35	16	46
	18- bis 29-Jährige	38	14	44
	30- bis 44-Jährige	39	18	40
	45- bis 59-Jährige	40	17	39
	60 Jahre und älter	33	16	47
	Anhänger der: CDU/CSU	33	9	55
	SPD	27	23	47
	Linke	28	29	38
	Grünen	24	17	56
	FDP	50	7	42
	AfD	63	17	15

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	23. bis 27. Oktober 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

17 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 13 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (70 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	KW 40	18	13	68
	KW 43	17	13	70
Ost		12	16	72
West		17	13	69
Männer		20	13	67
Frauen		14	13	72
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	10	21	69
	- € 1.500 bis unter € 3.000	13	17	70
	- € 3.000 oder mehr	25	7	68

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 24 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 11 Prozent mit einer Verschlechterung.

64 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

	Es erwarten eine		
	Verbes- serung	Verschlech- terung	keine Ver- *) änderung
	%	%	%
insgesamt: 2015	22	15	62
2016 I. Quartal	21	15	63
II. Quartal	22	13	64
III. Quartal	22	12	64
IV. Quartal	22	12	64
2017 I. Quartal	23	12	63
II. Quartal	23	10	66
III. Quartal	24	11	67
KW 40	24	11	63
KW 43	24	11	64
Ost	26	11	62
West	24	10	64
Männer	28	10	61
Frauen	21	11	68
18- bis 29-Jährige	44	4	50
30- bis 44-Jährige	32	10	57
45- bis 59-Jährige	20	14	66
60 Jahre und älter	11	13	75
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	24	11	62
- € 1.500 bis unter € 3.000	25	13	61
- € 3.000 oder mehr	24	8	68
Anhänger der: CDU/CSU	25	4	70
SPD	23	13	64
Linke	18	14	68
Grünen	20	6	74
FDP	19	9	72
AfD	27	24	49

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

48 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

44 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016 I. Quartal	54	38
	II. Quartal	53	38
	III. Quartal	52	40
	IV. Quartal	50	42
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	KW 40	49	42
	KW 43	48	44
Ost		34	61
West		51	41
Männer		48	44
Frauen		48	44
18- bis 29-Jährige		45	49
30- bis 44-Jährige		55	37
45- bis 59-Jährige		53	40
60 Jahre und älter		46	45
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		34	60
- € 1.500 bis unter € 3.000		44	49
- € 3.000 oder mehr		64	30
Anhänger der:			
CDU/CSU		55	38
SPD		46	47
Linke		48	41
Grünen		51	40
FDP		70	29
AfD		37	58

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

50 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

29 Prozent glauben hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
KW 40	51	27	21
KW 43	50	29	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungs- und Wählergruppen geben nur unter den Anhängern der AfD und der Linkspartei mehr Befragte an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzt als umgekehrt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	50	29	19
Ost	46	33	21
West	51	28	18
Männer	54	24	20
Frauen	47	33	18
18- bis 29-Jährige	53	31	15
30- bis 44-Jährige	48	33	16
45- bis 59-Jährige	47	30	20
60 Jahre und älter	52	25	21
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	35	39	25
- € 1.500 bis unter € 3.000	45	32	20
- € 3.000 oder mehr	62	23	15
Anhänger der:			
CDU/CSU	65	18	15
SPD	52	30	17
Linke	38	45	15
Grünen	56	23	20
FDP	55	28	16
AfD	33	48	15

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	30. Oktober bis 3. November 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

47 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

43 Prozent sind zur Zeit der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 I. Quartal	48	44
II. Quartal	52	40
III. Quartal	51	40
KW 41	49	42
KW 44	47	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen vor allem die Anhänger der Linkspartei und insbesondere die der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

	Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	47	43
Ost	45	49
West	47	42
Männer	49	42
Frauen	45	44
18- bis 29-Jährige	47	43
30- bis 44-Jährige	42	49
45- bis 59-Jährige	47	45
60 Jahre und älter	46	43
Anhänger der: CDU/CSU	67	24
SPD	50	39
Linke	24	65
Grünen	58	36
FDP	53	42
AfD	4	87

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 86 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 68 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

48 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität, 42 Prozent mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 37 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und 34 Prozent mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zufrieden.

31 Prozent zeigen sich mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit, 29 Prozent mit der Integration von Zuwanderern und nur 26 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen	18-29-Jährige	30-44-Jährige	45-59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Lebensqualität in Deutschland	86	85	86	87	84	87	88	87	81
Lage am Arbeitsmarkt	68	61	69	74	61	72	71	69	62
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	48	37	50	48	48	59	56	46	37
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	42	38	43	45	40	43	41	37	43
Schul- und Bildungssystem	37	23	40	38	37	50	40	34	26
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	34	35	34	36	33	30	37	37	31
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	31	24	32	31	31	39	31	32	24
Integration von Zuwanderern	29	24	29	28	29	32	31	27	23
Sicherung der Altersversorgung	26	26	26	27	26	16	20	22	37

Im Vergleich zur letzten Erhebung zeigen sich bei fast allen Lebens- und Problembereichen kaum Veränderungen.

Tendenziell etwas rückläufig ist die Zufriedenheit mit dem Schutz vor Kriminalität und Gewalt sowie mit dem Umgang mit Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				2017				
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	KW41 %	KW44 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	87	87	87	87	86
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	68	67	68	68	68
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	49	50	51	48
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	43	43	41	42
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	45	41	41	38	37
Umgang mit Flüchtlingen/Asylbewerbern	33	36	38	38	39	39	38	37	37	34
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	35	36	34	32	31
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	33	32	33	29	29
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	31	31	31	28	26

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, werden etwas häufiger als in der letzten Erhebung Themen genannt, die derzeit auch Gegenstand der laufenden Sondierungsgespräche zwischen Union, FDP und Grünen sind.

Mit 17 Prozent führt das Thema Flüchtlinge nach wie vor die Liste der wahrgenommenen Themen an, gefolgt von den Koalitions- bzw. Sondierungsgesprächen selbst. Danach folgen die Themen Umwelt und Rentenpolitik (jeweils 7 %), das Thema Integration (6 %), die Bildungs- und Schulpolitik (5 %) sowie die Themen „Obergrenze“, Gesundheitspolitik und Energiepolitik (mit jeweils 3 Prozent).

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016				2017				
	I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	KW41	KW44
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	21	12	14	18	17
Koalitionsverhandlungen	-	-	-	-	-	-	-	6	12
Umweltpolitik/Klimapolitik	1	1	0	1	1	1	2	1	7
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	4	6	6	4	7
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	6	5	5	6	6
Bildungs-/Schulpolitik	0	0	0	0	1	3	4	5	5
Obergrenze für Flüchtlinge	2	0	0	1	1	0	1	10	3
Gesundheitspolitik	0	0	0	0	1	1	1	2	3
Energiepolitik	-	-	-	-	-	-	-	-	3
Diesel-Skandal	-	-	-	-	-	-	9	2	2
Innere Sicherheit	1	1	3	1	8	4	3	1	2
Steuerpolitik/ Steuerentlastung	1	2	3	2	2	2	2	1	2
Arbeitsmarktpolitik	-	-	-	-	-	-	1	1	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	6. bis 10. November 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

61 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

39 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		_____ %	_____ %
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	KW 42	63	37
	KW 45	61	39

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und die über 30-Jährigen häufiger als die unter 30-Jährigen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	61	39
Ost	65	34
West	60	40
Männer	52	47
Frauen	69	31
18- bis 29-Jährige	48	51
30- bis 44-Jährige	65	34
45- bis 59-Jährige	63	37
60 Jahre und älter	64	35
Anhänger der: CDU/CSU	59	40
SPD	68	32
Linke	63	37
Grünen	65	34
FDP	57	43
AfD	60	40

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, wird von den Bundesbürgern aktuell weiterhin mit Abstand am häufigsten Nord-Korea und dessen Atomprogramm (27 %) genannt.

An zweiter Stelle folgen die USA mit 17 Prozent der Nennungen, während das Thema „Türkei“ weiter rückläufig ist.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017				KW42	KW 45
	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.	IV. Quart.	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.			
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	
Nord-Korea	-	-	-	-	-	-	10	32	27	
USA	2	4	6	12	21	15	15	18	17	
Türkei	2	5	13	6	12	9	12	9	6	
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	9	9	6	7	8	
Syrien	20	15	15	21	14	15	8	6	6	
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	8	8	5	5	3	
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	8	11	9	8	
Russland	6	8	9	11	7	7	5	3	4	
Ukraine	4	6	5	5	4	3	2	2	2	
Afrika	2	3	2	2	3	2	3	2	3	
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	10	10	8	6	7	
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	3	2	2	2	
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	3	3	4	
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	2	3	2	2	1	2	
Armut	1	2	2	2	2	2	2	1	2	

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Unverändert 36 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur wenige (8 %) sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Die Hälfte (52 %) ist der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	I. Quartal	35	9	54
	II. Quartal	34	9	54
	III. Quartal	36	9	53
	KW 42	36	9	53
	KW 45	36	8	52
Ost		35	13	46
West		36	7	53
18- bis 29-Jährige		40	10	43
30- bis 44-Jährige		37	6	52
45- bis 59-Jährige		34	9	54
60 Jahre und älter		34	9	55
Anhänger der:	CDU/CSU	34	3	61
	SPD	40	5	52
	Linke	46	6	40
	Grünen	60	2	34
	FDP	31	6	63
	AfD	18	30	49

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

34 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 17 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

46 Prozent der Bundesbürger sind der Auffassung, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Während insbesondere die Anhänger von Grünen und Linkspartei überdurchschnittlich häufig meinen, dass Deutschland in der EU zu wenig Rücksicht auf andere nehme, vertreten vor allem die AfD-Anhänger die gegenteilige Auffassung.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht	zu wenig Rücksicht	verhält sich *) genau richtig
		%	%	%
2015		40	15	41
2016	I. Quartal	42	15	37
	II. Quartal	42	15	38
	III. Quartal	42	17	37
	IV. Quartal	41	15	39
2017	I. Quartal	39	15	43
	II. Quartal	36	15	45
	III. Quartal	36	16	44
	KW 42	37	16	44
	KW 45	34	17	46
	Ost	42	17	32
	West	33	16	48
	18- bis 29-Jährige	36	16	43
	30- bis 44-Jährige	29	19	47
	45- bis 59-Jährige	40	16	43
	60 Jahre und älter	33	17	46
	Anhänger der: CDU/CSU	31	8	60
	SPD	31	21	46
	Linke	24	32	37
	Grünen	16	28	52
	FDP	37	13	49
	AfD	73	9	14

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	13. bis 17. November 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

17 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 15 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (67 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	KW 40	18	13	68
	KW 43	17	13	70
	KW 46	17	15	67
	Ost	17	12	71
	West	17	16	66
	Männer	20	14	65
	Frauen	14	16	69
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	7	32	61
	- € 1.500 bis unter € 3.000	16	19	64
	- € 3.000 oder mehr	25	9	66

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell unverändert 24 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 11 Prozent mit einer Verschlechterung.

64 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung	Verschlech- terung	keine Ver- änderung *)
		%	%	%
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016 I. Quartal	21	15	63
	II. Quartal	22	13	64
	III. Quartal	22	12	64
	IV. Quartal	22	12	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	KW 40	24	11	63
	KW 43	24	11	64
	KW 46	24	11	64
Ost		19	13	68
West		24	10	64
Männer		25	12	61
Frauen		22	9	67
18- bis 29-Jährige		40	7	51
30- bis 44-Jährige		38	11	51
45- bis 59-Jährige		18	12	69
60 Jahre und älter		10	13	76
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	29	11	58
	- € 1.500 bis unter € 3.000	25	11	63
	- € 3.000 oder mehr	24	12	64
Anhänger der:				
	CDU/CSU	27	6	66
	SPD	23	11	64
	Linke	26	11	63
	Grünen	20	10	69
	FDP	29	12	58
	AfD	20	16	64

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

50 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

41 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016 I. Quartal	54	38
	II. Quartal	53	38
	III. Quartal	52	40
	IV. Quartal	50	42
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	KW 40	49	42
	KW 43	48	44
	KW 46	50	41
	Ost	42	43
	West	51	40
	Männer	52	40
	Frauen	49	41
	18- bis 29-Jährige	49	42
	30- bis 44-Jährige	54	41
	45- bis 59-Jährige	54	38
	60 Jahre und älter	47	40
	Haushaltsnettoeinkommen:		
	- unter € 1.500	29	65
	- € 1.500 bis unter € 3.000	45	46
	- € 3.000 oder mehr	66	28
	Anhänger der:		
	CDU/CSU	55	38
	SPD	58	33
	Linke	45	47
	Grünen	63	29
	FDP	49	44
	AfD	37	53

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

52 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Nur ein Viertel glaubt hingegen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
KW 40	51	27	21
KW 43	50	29	19
KW 46	52	26	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Seltener als der Durchschnitt der Bundesbürger geben die Anhänger der AfD an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	52	26	21
Ost	48	30	22
West	52	25	21
Männer	57	22	20
Frauen	47	30	22
18- bis 29-Jährige	51	24	24
30- bis 44-Jährige	53	27	20
45- bis 59-Jährige	51	29	18
60 Jahre und älter	50	25	23
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	45	29	25
- € 1.500 bis unter € 3.000	47	30	22
- € 3.000 oder mehr	60	21	18
Anhänger der:			
CDU/CSU	62	17	20
SPD	56	20	22
Linke	48	33	19
Grünen	55	25	17
FDP	57	22	20
AfD	40	37	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	20. bis 24. November 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

46 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

45 Prozent sind zur Zeit der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

Der Anteil der „Pessimisten“ ist damit im Zeitverlauf erneut etwas angestiegen.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016 I. Quartal	40	52
II. Quartal	39	51
III. Quartal	42	49
IV. Quartal	43	48
2017 I. Quartal	48	44
II. Quartal	52	40
III. Quartal	51	40
KW 41	49	42
KW 44	47	43
KW 47	46	45

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen vor allem die Anhänger der Linkspartei und insbesondere die der AfD.

- Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	46	45
Ost	40	51
West	47	44
Männer	46	46
Frauen	47	44
18- bis 29-Jährige	59	36
30- bis 44-Jährige	42	46
45- bis 59-Jährige	41	52
60 Jahre und älter	46	43
Anhänger der: CDU/CSU	68	24
SPD	45	45
Linke	28	63
Grünen	49	39
FDP	54	41
AfD	6	90

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 86 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 68 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

46 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität, 45 Prozent mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 39 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und 35 Prozent mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zufrieden.

33 Prozent zeigen sich mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit, 31 Prozent mit der Integration von Zuwanderern und nur 28 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen	18-29-Jährige	30-44-Jährige	45-59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Lebensqualität in Deutschland	86	77	87	86	85	87	85	83	86
Lage am Arbeitsmarkt	68	58	70	71	65	71	73	71	62
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	46	31	48	47	44	60	52	42	36
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	45	39	46	47	42	53	38	42	44
Schul- und Bildungssystem	39	28	41	40	38	54	39	37	30
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	35	26	37	35	35	44	31	28	37
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	33	26	35	33	33	38	33	31	31
Integration von Zuwanderern	31	20	33	29	32	41	30	25	26
Sicherung der Altersversorgung	28	25	29	29	28	20	22	21	41

Im Vergleich zur letzten Erhebung zeigen sich bei fast allen Lebens- und Problembereichen kaum Veränderungen.

Tendenziell etwas zugenommen hat die Zufriedenheit mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016				2017					
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	KW41 %	KW44 %	KW47 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	86	86	87	87	87	87	86	86
Lage am Arbeitsmarkt	64	68	65	66	64	68	67	68	68	68	68
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	43	47	47	50	49	50	51	48	46
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	39	34	37	38	42	43	43	41	42	45
Schul- und Bildungssystem	44	48	47	47	43	45	41	41	38	37	39
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	36	38	38	39	39	38	37	37	34	35
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	33	34	33	35	36	34	32	31	33
Integration von Zuwanderern	30	28	31	30	32	33	32	33	29	29	31
Sicherung der Altersversorgung	35	36	27	30	28	31	31	31	28	26	28

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, führt mit 19 Prozent das Thema Flüchtlinge nach wie vor die Liste der wahrgenommenen Themen an.

Die Koalitions- bzw. Sondierungsgespräche werden aktuell mit 16 Prozent fast ebenso häufig genannt.

Danach folgen die Themen Integration, Renten- und Umweltpolitik (jeweils 6 %) sowie die Bildungs- und die Energiepolitik (jeweils 4 %)

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016				2017				KW41	KW44	KW47
	I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.				
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	42	33	28	22	21	12	14	18	17	19	
Koalitionsverhandlungen	-	-	-	-	-	-	-	6	12	16	
Ausländer, Integration allg.	7	10	9	7	6	5	5	6	6	6	
Rente, Rentenpolitik	2	7	5	16	4	6	6	4	7	6	
Umweltpolitik/Klimapolitik	1	1	0	1	1	1	2	1	7	6	
Bildungs-/Schulpolitik	0	0	0	0	1	3	4	5	5	4	
Energiepolitik	-	-	-	-	-	-	-	-	3	4	
Steuerpolitik/ Steuerentlastung	1	2	3	2	2	2	2	1	2	2	
„Home-Ehe“, „Ehe für alle“	0	0	0	0	0	6	8	3	0	2	
Abschaffung des Solidaritätsbeitrags	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	
Obergrenze für Flüchtlinge	2	0	0	1	1	0	1	10	3	2	
Diesel-Skandal	-	-	-	-	-	-	9	2	2	2	
Wirtschaftspolitik	1	1	2	1	1	1	1	1	1	2	

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	27. November bis 1. Dezember 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

57 Prozent der Bundesbürger – und damit etwas weniger als noch vor drei Wochen – machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

43 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		<u> %</u>	<u> %</u>
insgesamt:	2015	60	40
	2016 I. Quartal	63	37
	II. Quartal	60	39
	III. Quartal	61	38
	IV. Quartal	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	KW 42	63	37
	KW 45	61	39
	KW 48	57	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und die über 30-Jährigen häufiger als die unter 30-Jährigen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	57	43
Ost	54	46
West	57	43
Männer	48	52
Frauen	65	35
18- bis 29-Jährige	43	57
30- bis 44-Jährige	55	45
45- bis 59-Jährige	60	40
60 Jahre und älter	62	37
Anhänger der: CDU/CSU	56	44
SPD	62	38
Linke	58	42
Grünen	56	43
FDP	56	44
AfD	46	54

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, wird von den Bundesbürgern aktuell weiterhin mit Abstand am häufigsten Nord-Korea und dessen Atomprogramm (27 %) genannt.

An zweiter Stelle folgen die USA mit 14 Prozent der Nennungen, während alle anderen Krisen bzw. Regionen jeweils von weniger als 10 Prozent genannt werden.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016				2017				KW42	KW45	KW48
	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.	IV. Quart.	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.				
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	
Nord-Korea	-	-	-	-	-	-	10	32	27	27	
USA	2	4	6	12	21	15	15	18	17	14	
Türkei	2	5	13	6	12	9	12	9	6	3	
Naher Osten, arabische Länder	12	9	9	10	9	9	6	7	8	7	
Syrien	20	15	15	21	14	15	8	6	6	5	
IS/ Islamischer Staat	17	15	16	10	8	8	5	5	3	4	
Asylbewerber, Flüchtlinge	17	16	12	11	11	8	11	9	8	9	
Russland	6	8	9	11	7	7	5	3	4	5	
Ukraine	4	6	5	5	4	3	2	2	2	2	
Afrika	2	3	2	2	3	2	3	2	3	4	
Krieg, Terrorismus allgemein	10	10	13	9	10	10	8	6	7	8	
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	4	6	5	4	4	3	2	2	2	3	
Umwelt, Klima	2	2	2	2	2	2	3	3	4	4	
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	2	3	2	2	1	2	2	
Armut	1	2	2	2	2	2	2	1	2	3	

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Unverändert 36 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur wenige (9 %) sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Die Hälfte (53 %) ist der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016	I. Quartal	28	11	59
	II. Quartal	29	10	59
	III. Quartal	30	11	57
	IV. Quartal	33	10	55
2017	I. Quartal	35	9	54
	II. Quartal	34	9	54
	III. Quartal	36	9	53
	KW 42	36	9	53
	KW 45	36	8	52
	KW 48	36	9	53
Ost		34	16	49
West		37	7	54
18- bis 29-Jährige		36	11	51
30- bis 44-Jährige		36	9	52
45- bis 59-Jährige		38	10	51
60 Jahre und älter		35	6	57
Anhänger der:	CDU/CSU	32	5	63
	SPD	40	4	55
	Linke	47	10	40
	Grünen	59	2	37
	FDP	37	13	50
	AfD	30	19	51

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

34 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 17 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

45 Prozent der Bundesbürger sind der Auffassung, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Während insbesondere die Anhänger der Linkspartei überdurchschnittlich häufig meinen, dass Deutschland in der EU zu wenig Rücksicht auf andere nehme, vertreten vor allem die AfD-Anhänger die gegenteilige Auffassung.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten

	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016 I. Quartal	42	15	37
II. Quartal	42	15	38
III. Quartal	42	17	37
IV. Quartal	41	15	39
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
III. Quartal	36	16	44
KW 42	37	16	44
KW 45	34	17	46
KW 48	34	17	45
Ost	43	13	37
West	32	18	46
18- bis 29-Jährige	34	17	46
30- bis 44-Jährige	34	17	46
45- bis 59-Jährige	38	20	38
60 Jahre und älter	33	15	47
Anhänger der: CDU/CSU	31	7	60
SPD	35	20	44
Linke	30	33	30
Grünen	21	24	50
FDP	43	13	44
AfD	62	20	13

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	4. bis 8. Dezember 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

16 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 17 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (67 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016 I. Quartal	17	15	67
	II. Quartal	16	14	69
	III. Quartal	18	16	66
	IV. Quartal	17	16	66
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	KW 40	18	13	68
	KW 43	17	13	70
	KW 46	17	15	67
	KW 49	16	17	67
	Ost	16	13	70
	West	16	17	66
	Männer	20	16	64
	Frauen	13	17	69
	Haushaltsnettoeinkommen:			
	- unter € 1.500	12	27	59
	- € 1.500 bis unter € 3.000	14	18	68
	- € 3.000 oder mehr	22	10	67

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 25 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 10 Prozent mit einer Verschlechterung.

64 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung	Verschlech- terung	keine Ver- änderung *)
		%	%	%
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016 I. Quartal	21	15	63
	II. Quartal	22	13	64
	III. Quartal	22	12	64
	IV. Quartal	22	12	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	KW 40	24	11	63
	KW 43	24	11	64
	KW 46	24	11	64
	KW 49	25	10	64
Ost		27	12	60
West		24	10	65
Männer		28	11	60
Frauen		21	10	68
18- bis 29-Jährige		43	5	52
30- bis 44-Jährige		35	11	53
45- bis 59-Jährige		18	13	68
60 Jahre und älter		13	12	74
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		32	14	53
- € 1.500 bis unter € 3.000		23	11	66
- € 3.000 oder mehr		25	9	66
Anhänger der:	CDU/CSU	27	6	67
	SPD	23	7	69
	Linke	17	9	74
	Grünen	22	7	70
	FDP	29	12	59
	AfD	18	21	57

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

45 Prozent der Bundesbürger (5 Prozentpunkte weniger als noch im November) meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

46 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016 I. Quartal	54	38
	II. Quartal	53	38
	III. Quartal	52	40
	IV. Quartal	50	42
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	KW 40	49	42
	KW 43	48	44
	KW 46	50	41
	KW 49	45	46
	Ost	43	46
	West	46	46
	Männer	46	46
	Frauen	45	46
	18- bis 29-Jährige	41	50
	30- bis 44-Jährige	41	48
	45- bis 59-Jährige	56	37
	60 Jahre und älter	42	48
	Haushaltsnettoeinkommen:		
	- unter € 1.500	23	68
	- € 1.500 bis unter € 3.000	43	49
	- € 3.000 oder mehr	60	34
	Anhänger der: CDU/CSU	47	45
	SPD	51	42
	Linke	51	40
	Grünen	60	34
	FDP	55	39
	AfD	28	57

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

49 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

28 Prozent glauben, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt: 2015	47	32	18
2016 I. Quartal	47	32	19
II. Quartal	47	33	18
III. Quartal	45	36	16
IV. Quartal	45	35	19
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
KW 40	51	27	21
KW 43	50	29	19
KW 46	52	26	21
KW 49	49	28	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Seltener als der Durchschnitt der Bundesbürger geben vor allem die Anhänger der AfD an, dass ihr Umfeld die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzt.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	49	28	21
Ost	44	33	23
West	50	27	20
Männer	51	26	21
Frauen	48	30	20
18- bis 29-Jährige	48	29	21
30- bis 44-Jährige	50	27	20
45- bis 59-Jährige	45	35	20
60 Jahre und älter	54	24	19
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	36	39	24
- € 1.500 bis unter € 3.000	43	34	22
- € 3.000 oder mehr	59	23	17
Anhänger der:			
CDU/CSU	66	18	14
SPD	54	24	22
Linke	41	39	17
Grünen	57	17	25
FDP	51	33	15
AfD	23	43	30

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	11. bis 15. Dezember 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

44 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

45 Prozent sind zur Zeit der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

Damit ist zum Jahresende der Anteil der „Optimisten“ – sicherlich auch befördert durch die Unsicherheit aufgrund der immer noch ausstehenden Regierungsbildung – weiter rückläufig.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016	41	50
2017 I. Quartal	48	44
II. Quartal	52	40
III. Quartal	51	40
KW 41	49	42
KW 44	47	43
KW 47	46	45
KW 50	44	45

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen vor allem die Anhänger der Linkspartei und insbesondere die der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	44	45
Ost	39	49
West	45	45
Männer	46	46
Frauen	42	44
18- bis 29-Jährige	53	39
30- bis 44-Jährige	42	48
45- bis 59-Jährige	41	51
60 Jahre und älter	43	43
Anhänger der: CDU/CSU	64	27
SPD	49	37
Linke	31	64
Grünen	49	37
FDP	51	44
AfD	6	92

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 85 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 67 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

45 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität, 43 Prozent mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, jeweils 35 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem bzw. mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zufrieden.

31 Prozent zeigen sich mit der Integration von Zuwanderern, 30 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit und nur 28 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insgesamt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	85	85	85	88	83	84	84	83	86
Lage am Arbeitsmarkt	67	62	68	74	61	72	70	74	59
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	45	33	47	47	42	61	50	41	34
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	36	44	47	40	50	36	39	46
Schul- und Bildungssystem	35	23	37	36	33	43	41	32	26
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	35	27	37	37	34	45	32	33	34
Integration von Zuwanderern	31	25	32	30	31	42	29	27	27
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	30	22	32	33	28	44	25	27	25
Sicherung der Altersversorgung	28	26	28	30	25	22	20	24	39

Im Vergleich zur letzten Erhebung zeigen sich bei fast allen Lebens- und Problembereichen kaum Veränderungen.

Tendenziell etwas abgenommen hat die Zufriedenheit mit dem Schul- und Bildungssystem sowie mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017				KW41	KW44	KW47	KW50
	%	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	%				
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	87	87	87	86	86	85	
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	67	68	68	68	68	67	
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	50	49	50	51	48	46	45	
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	42	43	43	41	42	45	43	
Schul- und Bildungssystem	44	46	45	41	41	38	37	39	35	
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	39	38	37	37	34	35	35	
Integration von Zuwanderern	30	30	33	32	33	29	29	31	31	
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	35	36	34	32	31	33	30	
Sicherung der Altersversorgung	35	30	31	31	31	28	26	28	28	

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, führen nun mit 15 Prozent die Koalitions- bzw. Sondierungsgespräche die Liste der wahrgenommenen Themen an.

Das Thema Flüchtlinge wird aktuell mit 13 Prozent deutlich seltener genannt als in der letzten Erhebung.

Danach folgen die Themen Integration (5 %), Rentenpolitik (4 %) sowie die Bildungspolitik und die Diskussion um die „Bürgerversicherung“ (jeweils 3 %).

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017				KW41	KW44	KW47	KW50
	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	%				
Koalitionsverhandlungen	-	-	-	-	6	12	16	15	
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	18	17	19	13	
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	6	6	5	
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	4	7	6	4	
Bildungs-/Schulpolitik	0	1	3	4	5	5	4	3	
„Bürgerversicherung“	-	-	-	-	-	-	-	3	
Diskussion um Glyphosat	-	-	-	-	-	-	-	2	
Diskussion über Krise/Zukunft der EU	1	2	2	1	1	1	1	2	
Diesel-Skandal	0	-	-	9	2	2	2	2	
Umweltpolitik/Klimapolitik	1	1	1	2	1	7	6	2	

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	18. bis 22. Dezember 2017
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

59 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

41 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		<u> </u> %	<u> </u> %
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	KW 42	63	37
	KW 45	61	39
	KW 48	57	43
	KW 51	59	41

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und die über 30-Jährigen häufiger als die unter 30-Jährigen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	59	41
Ost	63	35
West	58	42
Männer	48	51
Frauen	70	30
18- bis 29-Jährige	50	50
30- bis 44-Jährige	60	39
45- bis 59-Jährige	64	35
60 Jahre und älter	64	37
Anhänger der: CDU/CSU	60	40
SPD	61	39
Linke	63	37
Grünen	61	38
FDP	54	45
AfD	65	34

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, wird von den Bundesbürgern aktuell weiterhin am häufigsten Nord-Korea und dessen Atomprogramm (22 %) genannt.

An zweiter Stelle folgen weiterhin die USA mit 18 Prozent der Nennungen. Nach der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die USA nennen nun 13 Prozent den Nahen Osten bzw. die arabischen Länder als Krisenregion. Alle anderen Krisen bzw. Regionen werden jeweils von weniger als 10 Prozent genannt.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017		III. Quart.	KW42	KW45	KW48	KW51
	I. Quart.	I. Quart.	II. Quart.					
	%	%	%	%	%	%	%	%
Nord-Korea	-	-	-	10	32	27	27	22
USA	6	21	15	15	18	17	14	18
Naher Osten, arabische Länder	10	9	9	6	7	8	7	13
Türkei	7	12	9	12	9	6	3	3
Syrien	18	14	15	8	6	6	5	5
IS/ Islamischer Staat	15	8	8	5	5	3	4	5
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	11	8	11	9	8	9	8
Russland	9	7	7	5	3	4	5	5
Afrika	2	3	2	3	2	3	4	2
Krieg, Terrorismus allgemein	11	10	10	8	6	7	8	8
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	4	3	2	2	2	3	3
Umwelt, Klima	2	2	2	3	3	4	4	3
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	3	2	2	1	2	2	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

37 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur wenige (8 %) sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Die Hälfte (52 %) ist der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016		30	11	58
2017	I. Quartal	35	9	54
	II. Quartal	34	9	54
	III. Quartal	36	9	53
	KW 42	36	9	53
	KW 45	36	8	52
	KW 48	36	9	53
	KW 51	37	8	52
	Ost	35	12	49
	West	38	7	52
	18- bis 29-Jährige	37	9	52
	30- bis 44-Jährige	39	9	49
	45- bis 59-Jährige	37	8	51
	60 Jahre und älter	36	7	54
	Anhänger der: CDU/CSU	35	6	59
	SPD	47	4	48
	Linke	47	10	35
	Grünen	53	3	43
	FDP	38	9	51
	AfD	20	23	54

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

35 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

44 Prozent der Bundesbürger sind der Auffassung, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Während insbesondere die Anhänger der Linkspartei überdurchschnittlich häufig meinen, dass Deutschland in der EU zu wenig Rücksicht auf andere nehme, vertreten vor allem die AfD-Anhänger die gegenteilige Auffassung.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015		40	15	41
2016		42	16	38
2017	I. Quartal	39	15	43
	II. Quartal	36	15	45
	III. Quartal	36	16	44
	KW 42	37	16	44
	KW 45	34	17	46
	KW 48	34	17	45
	KW 51	35	16	44
	Ost	46	16	35
	West	33	16	46
	18- bis 29-Jährige	34	17	45
	30- bis 44-Jährige	41	17	37
	45- bis 59-Jährige	34	16	45
	60 Jahre und älter	34	16	46
	Anhänger der: CDU/CSU	31	8	56
	SPD	31	15	51
	Linke	31	38	27
	Grünen	25	20	51
	FDP	35	19	46
	AfD	64	18	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“